



Dokumentation

Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU (EAK)

26. November 2011 in Nürnberg

**„Diskriminierung und Verfolgung
von Christen im 21. Jahrhundert“**



Inhaltsverzeichnis:

1. Appell
2. Rede Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
3. PowerPoint-Präsentation zur Christenverfolgung im Nahen Osten
4. Vortrag Erzbischof Julius Dr. Hanna Aydin
5. Vortrag Bischof Anba Damian
6. Vortrag Berthold Pelster, (KIRCHE IN NOT) zu China, Nordkorea, Kuba
7. Presseberichte BAYERNKURIER
8. Pressebericht Nürnberger Zeitung
9. Pressebericht Nürnberger Nachrichten
10. Pressebericht epd-Bayern

EAK-Landesdelegiertenversammlung 26. November 2011 in Nürnberg

Dringender Appell des Evangelischen Arbeitskreises der CSU

Im Bewusstsein der Bedeutung von Glaubens- und Religionsfreiheit sowie des Schutzes von Glaubensgemeinschaften vor Diskriminierung und Verfolgung und

im Bewusstsein, dass die Sorge um jeden einzelnen Menschen, der Angriffen wegen seiner ethnischen Herkunft oder Religion ausgesetzt ist - auch im Hinblick auf die schändliche Ermordung türkischer und griechischer Mitbürger auch hier bei uns in Bayern - allen Verantwortlichen für die Unversehrtheit aller Bürger noch mehr Engagement abfordert, um solche terroristischen Aktionen zu verhindern,

erklärt der Evangelische Arbeitskreis der CSU (EAK) anlässlich seiner Landesversammlung in Nürnberg:

Wir setzen uns für die Verwirklichung des Artikels 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen ein, der lautet: *„Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.“*

Christen in aller Welt müssen wie alle anderen Religionen ihren Glauben in Freiheit leben können.

Mit Sorge betrachtet der Evangelische Arbeitskreis der CSU die noch zunehmende Unterdrückung, Verfolgung und Tötung von Christen aufgrund ihres religiösen Bekenntnisses in ihren Heimatländern, insbesondere in manchen Staaten der arabischen und muslimischen Welt, aber nicht nur dort.

Die Veränderung und die Entmachtung der autoritären Regime in Ägypten, Libyen und Tunesien und zu erwarten in Syrien ist ein dramatischer und viele Hoffnungen weckender Einschnitt. Gewonnene Freiheiten dürfen aber nicht für eine Unterdrückung von andersgläubigen Minderheiten missbraucht werden. Die neu verfassten Rechtsordnungen

müssen die verbindlichen Rechte der Menschenrechtserklärung und insbesondere des § 18 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte umfassen und religiöse Bekenntnisse akzeptieren und schützen.

Wir wissen, dass in einigen Staaten dieser Region durchaus Ansätze zur Anerkennung religiöser Toleranz bestehen. Diese müssen weiterentwickelt werden, am besten auch durch eine entsprechende verbindliche Erklärung der arabischen Liga unter Bezug auf die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen.

Das Recht, seine Religion frei auszuüben oder zu wechseln ist eine zentrale Voraussetzung für ein freiheitliches Leben in Würde. Dieses Recht muss weltweit gelten und ist unteilbar. Die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten werden aufgefordert die Wende hin zur weltweiten religiösen Toleranz noch stärker als bisher zu ihrem verbindlichen Anliegen zu machen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in der internationalen Gemeinschaft, im Europarat und im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aktiv weiterhin diese Thematik anzusprechen. Eine wertgeleitete Außenpolitik muss frühzeitig auf Gefährdungen von Religionsfreiheit hinweisen. Mit den Partnern im Europarat und der Europäischen Union sollte die Bundesregierung eine koordinierte Strategie zum Schutz der Religionsfreiheit entwickeln.

Wir richten unseren Blick heute besonders auf die Lage der koptischen Christen in Ägypten und fordern alle Verantwortlichen zu einer Achtung und Respektierung dieser christlichen Entität auf. Wir unterstützen auch die syrisch-orthodoxen Christen in der Türkei und in anderen Ländern des Nahen Ostens in ihrem Bestreben auf Unversehrtheit ihrer Menschen und ihres Hab und Gut.

Wir richten das Augenmerk der Öffentlichkeit heute auf das Schicksal des christlichen Predigers Yousef Nadarkhani, den ein Urteil eines iranischen Gerichts de facto entweder zum Religionswechsel oder zur Hinrichtung treibt. Dies widerspricht internationalem Recht flagrant. Wir unterstützen die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, insbesondere des Auswärtigen Amtes, eine Aufhebung des Urteils zu erreichen.

Das in Gründung befindliche *Institut zur Umsetzung der Nürnberger Prinzipien* sollte auch auf die Achtung der Freiheit des religiösen Bekenntnisses vor ausgedehnten und systematischen Angriffen, einen Schwerpunkt seiner Arbeit legen.

Volker Kauder, MdB

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Religionsfreiheit – ein Menschenrecht

Lieber Christian Schmidt,

sehr geehrte Frau Regionalbischöfin Hann von Weyhern,

sehr geehrter Herr Erzbischof Aydin,

sehr geehrter Herr Bischof Damian,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Diskriminierung und Verfolgung von Christen im 21.

Jahrhundert“ hat der Evangelische Arbeitskreis der CSU seine

heutige Landesversammlung überschrieben. Wenn wir in

diesen Tagen über dieses Thema sprechen, stehen uns

automatisch auch die Bilder und Nachrichten vor Augen, die

uns aus Ägypten erreichen. Die Einladung zu der heutigen

Tagung geht – leider mit erschreckender Aktualität – auf die

besorgniserregende Entwicklung nach den hoffnungsfrohen

Anfängen des „Arabischen Frühlings“ in Ägypten ein. Ich werde

später noch darauf zurückkommen.

Ich danke dem Evangelischen Arbeitskreis der CSU und

seinem Vorsitzenden Christian Schmidt, dass er die

Diskriminierung und Verfolgung von Christen aufgreift und

thematisiert; denn – so heißt es in der Einladung –

Schätzungen zufolge seien mehr als drei Viertel aller weltweit

religiös Verfolgten Christen. Und tatsächlich: Die Lage der

Christen in vielen Teilen der Welt ist dramatisch. Ob wir wirklich

gegenwärtig die schlimmste Christenverfolgung aller Zeiten

erleben, sei mal dahingestellt. Richtig aber ist, dass wir es bei der Verletzung der Religionsfreiheit mit einem globalen Problem zu tun haben und dass Christen besonders häufig darunter zu leiden haben.

Und ich danke Ihnen, dass Sie alle sich haben einladen lassen und heute hier sind, um gemeinsam zu diskutieren, was für die verfolgten Christen getan werden kann. Mit Ihrer Präsenz zeigen Sie, dass dies nicht ein Thema von einigen wenigen ist, sondern dass es uns Christen in Deutschland bewegt und man über dieses Thema auch in der Öffentlichkeit nicht mehr hinwegsehen kann.

Ein solches Treffen dient immer auch der eigenen Standortbestimmung. Wo stehen wir in Deutschland, wenn es um das Thema Religionsfreiheit und um den Einsatz für verfolgte Christen geht? Es ist festzuhalten, dass das Thema in Deutschland lange Zeit vernachlässigt wurde. Zu Unrecht, denn das Recht auf freie Religionsausübung ist eines, nein, das

fundamentale Menschenrecht schlechthin. Aber nur Wenige in Deutschland haben sich für das Schicksal von bedrängten Christen interessiert. Unsere Medien berichteten kaum. Und auch die deutsche Politik hatte sich des Themas viele Jahre nicht angenommen. Diese Situation hat sich in den letzten Jahren deutlich geändert.

Auch wurde das Thema Religionsfreiheit von den großen Kirchen in Deutschland lange vernachlässigt. Ich weiß aber auch, dass sowohl in den Kirchen als auch in den freien evangelischen Gemeinschaften sich Menschen jenseits der breiten Öffentlichkeit für ihre verfolgten Brüder und Schwestern im Glauben eingesetzt haben.

Da gibt es viele ermutigende Geschichten: Pastoren und Priester, denen das Thema so wichtig war, dass sie in den Gottesdiensten an das Schicksal der bedrängten und verfolgten Christen erinnerten. Hilfsorganisationen, die sich abseits der Scheinwerfer für die Christen in Not einsetzen. Die auch vor Ort – dort wo es gefährlich ist – Hilfe und Unterstützung leisten.

Und nicht zu vergessen die vielen Menschen, die sich regelmäßig über verfolgte Christen informieren, die Briefe schreiben an Gefangene und die, die Anliegen der verfolgten Christen in ihre Gebete aufnehmen. Es ist aber auch richtig, dass vonseiten der Kirchenführung dieses Engagement oft nicht unterstützt wurde. Und ich kenne so manche Kirchengemeinde, wo es möglich war gegen die Kernkraft zu predigen, wo aber nicht über verfolgte Christen informiert werden konnte. Da lief etwas Grundsätzliches falsch in unserem Land und wir können von Glück reden, dass sich die Dinge in den vergangenen Jahren zum Besseren gewendet haben.

Der Beschluss des Rates der EKD, den zweiten Sonntag in der Passionszeit (Reminiszere) zum Tag der bedrängten und verfolgten Christen zu machen, war hier ein wichtiges Signal. Aber auch die Deutsche Bischofskonferenz hat sich dem Thema neu zugewendet. Der Stephanustag, der Tag an dem in der katholischen Kirche traditionell für die bedrängten und verfolgten Christen Fürbitte gehalten wird, wird mit

Informationen und Kampagnen begleitet. Papst Benedikt hat seine Friedensbotschaft im Jahr 2011 gar unter die Überschrift der freien Ausübung der Religion gestellt. Die Evangelische Allianz ist mittlerweile nicht mehr die rühmliche Ausnahme, sondern hat neue Partner, wenn es darum geht, auf das Leiden der Christen aufmerksam zu machen.

Was ist jetzt zu tun? Wir sollten dankbar auf das Erreichte blicken und denjenigen Dankbarkeit entgegenbringen, die unermüdlich und gegen viele Widerstände das Thema in die Öffentlichkeit getragen haben. Aber wir sollten uns nicht mit dem Erreichten zufriedengeben.

So wichtig das Umdenken an der Spitze der Kirchen ist: Haben wir schon die breite Basis, die das Thema in den einzelnen Gemeinden trägt? Gibt es bereits die Gruppen, die sich neben der wichtigen Arbeit in den Dritte-Welt-Läden auch für die Brüder und Schwestern in Not einsetzen? Sicher, es gibt sie, aber wir müssen selbstkritisch zugeben, dass es derzeit noch

vereinzelte Leuchttürme sind, aber nicht das breite Fundament, auf dem unsere Arbeit aufbauen kann.

Auch die Berichterstattung der Medien hat sich in den vergangenen Jahren verbessert. Die Medien berichten häufiger, ausführlicher und fundierter über eingeschränkte Religionsfreiheit. Und sie scheuen sich auch nicht mehr, über das Leid von Christen zu informieren. Jahrelang war „idea“ für mich die einzige Quelle, um etwas über die Lage der Christen in anderen Teilen der Welt zu erfahren. Mit Blick auf die verfolgten Christen freue ich mich aber auch, dass viele der großen und kleinen Tages- und Wochenzeitungen dem Beispiel der idea-Redaktion gefolgt sind und heute immer wieder über die Verletzungen des Rechts auf Religionsfreiheit berichten.

Auch in der Politik spielte das Thema Christenverfolgung lange keine Rolle. Es waren CDU und CSU, die das Thema Religionsfreiheit auf die politische Agenda gesetzt haben. Im Koalitionsvertrag verpflichtet sich die christlich-liberale Koalition

dazu. Dort heißt es: “Kontinuierlich wird sich die Bundesregierung weltweit für Religionsfreiheit einsetzen und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Lage christlicher Minderheiten legen.“

Gemeinsam mit unserem liberalen Koalitionspartner haben wir deshalb den Antrag „Religionsfreiheit weltweit schützen“ in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Im Juli und Dezember 2010 hat der Bundestag den Antrag beraten, der schließlich mit breiter Mehrheit (mit Unterstützung der Grünen) angenommen wurde.

Im Stephanuskreis treffen sich regelmäßig engagierte Abgeordnete meiner Fraktion, um sich über die Lage der bedrängten und verfolgten Christen zu informieren und über Strategien zu beraten, wie aus dem Parlament heraus für mehr Religionsfreiheit geworben werden kann. Der Einsatz für Religionsfreiheit ist fester Bestandteil unserer wertegebundenen Außenpolitik!

Aber wir werden uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. In Gesprächen mit politischen Repräsentanten anderer Staaten dringen wir auf die volle Verwirklichung der Religionsfreiheit. Auch auf Delegationsreisen spielt der Einsatz für Religionsfreiheit eine wichtige Rolle. Bei den Regierungen vor Ort mahnen wir einen besseren Schutz der bedrängten Christen an.

Denn die Probleme, mit denen wir es zu tun haben, sind gravierend. Es sind Probleme, mit denen Gläubige in vielen Teilen der Erde täglich konfrontiert werden. Jüngste Untersuchungen zeigen es wieder: Mehr als 2/3 der Weltbevölkerung leben in Staaten, in denen der Glaube nicht frei gelebt werden kann. 2/3 der Menschen auf dieser Erde leben in Staaten, in denen die Gesetze die Religionsfreiheit stark einschränken oder in denen ein Klima der Gewalt und des Misstrauens vorherrscht. Gewalt vom Staat und Gewalt von Mitbürgern schränken die freie Ausübung des Glaubens ein.

Und der Trend zeigt nach unten: 1/3 der Weltbevölkerung lebt in Staaten, in denen in den vergangenen Jahren die gesetzlichen Bestimmungen zur Religionsausübung verschärft wurden oder der gesellschaftliche Druck gegenüber Minderheiten zugenommen hat. (Studie: *Pew Forum, August 2011*).

Christen sind von Verfolgung und Bedrängung besonders häufig betroffen. Das Christentum ist eine universale Religion; überall auf der Erde finden wir Christen. Und das Christentum wächst besonders schnell in Ländern des Südens, dort, wo es häufig keine oder nur eingeschränkte Religionsfreiheit gibt. Aus diesem Grund und um die Dramatik der Lage deutlich zu machen, sprechen wir davon, dass das Christentum die größte verfolgte Gruppe in der Welt ist. Christenverfolgung ist kein Phänomen aus Kaiser Neros Zeiten. Christenverfolgung geschieht heute – und davon müssen wir sprechen: In unseren Gemeinden, in den Medien und in der Politik!

Unseren Einsatz für Religionsfreiheit gründen wir auf die universellen Menschenrechte, wie sie von den Vereinten Nationen unter anderem in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgehalten sind. Hier handelt es sich um eines der zentralen Rechte, denn der Glaube ist eine wichtige Dimension im Leben eines Menschen.

Glaubensüberzeugungen formen die Persönlichkeit eines Menschen und gehören damit zu einem Bereich, den es in besonderer Weise zu schützen gilt. Das Recht auf freie Religionsausübung nimmt daher im Kanon der Menschenrechte einen ganz besonderen Stellenwert ein. Es schließt die Freiheit ein, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln oder auch keiner Religion anzugehören.

Zur Religionsfreiheit gehört auch das Recht, seine Religion öffentlich zu bekennen. Diese öffentliche Dimension von Religion ist ein wichtiger Punkt, den wir auch bei uns in Deutschland verteidigen müssen. Denn es mehren sich die Stimmen derer, die Religion aus dem öffentlichen Leben

verbannen wollen. Oft geschieht das mit dem Argument, den gesellschaftlichen Frieden fördern zu wollen. Verschwänden nur alle Religionen aus der Öffentlichkeit, so die verfehlte Annahme, dann würden mit ihnen auch die Probleme verschwinden. Dabei wird übersehen, dass der eigene Glaube immer auch eine öffentliche Angelegenheit ist.

Ihn aus der Öffentlichkeit zu verbannen, würde bedeuten, einen wichtigen Teil der Persönlichkeit zu unterdrücken. Daneben wird übersehen, dass eine Gesellschaft ohne öffentlich gelebten Glauben eine Vielzahl neuer Probleme bekommt. Die laizistischen Gesellschaften sind daher kein Vorbild. Dort geht es nicht friedlicher, nicht toleranter zu als bei uns und auch der gesellschaftliche Zusammenhalt ist nicht höher.

In vielen Staaten werden Christen eingesperrt, weil sie anderen von ihrem Glauben erzählen oder weil sie in ihre Kirchen einladen. Insbesondere in vielen muslimischen Staaten ist das Missionieren streng verboten. Diese Christen haben unsere besondere Unterstützung verdient. Sie sind es, die die

Aufforderung von Jesus ernst nehmen. Und sie sind es, die uns ein Beispiel geben.

Das Recht auf Religionsfreiheit ist aber nicht nur für den Einzelnen, sondern für die gesamte Gesellschaft von großer Bedeutung. An der Verankerung der Religionsfreiheit lässt sich ablesen, wie sich eine Gesellschaft im Umgang mit Andersdenkenden und Andersgläubigen verhält. Da mit religiösen Überzeugungen oft kontroverse Auseinandersetzungen verbunden sind, versuchen nicht wenige Staaten diesen Bereich zu kontrollieren und in besonders drastischen Fällen sogar den Inhalt von religiösen Lehren zu bestimmen. Das betrifft dann nicht nur die Minderheiten, sondern kann auch für die Mehrheit gelten. Doch nur dort, wo jeder Einzelne seinen Glauben frei leben kann, ist auch die Gesellschaft frei.

Wer sich für Religionsfreiheit in aller Welt und für die verfolgten Christen einsetzt, muss auch denen in unserem Land

widersprechen, die verhindern wollen, dass Muslime Moscheen bauen. Wir haben nicht zu viele gläubige Muslime in unserem Land, sondern zu wenig überzeugte Christen, die in die Kirche gehen und ihren Glauben bekennen. Das sollte uns Sorgen bereiten.

Ein Schwerpunkt ihrer Konferenz ist die Lage im Nahen Osten. Zu Recht, denn die Entwicklung in der Region muss uns große Sorge bereiten. In zahlreichen Ländern in der Region ist der Islam Staatsreligion oder genießt eine Vorrangstellung.

Christen sowie Angehörige anderer religiöser Minderheiten leben zum Teil unter starker Bedrängnis; viele von ihnen sind in den vergangenen Jahrzehnten von dort ausgewandert. So sinkt der Anteil der Christen an der Bevölkerung dort, wo die historischen Wurzeln unserer Religion liegen, kontinuierlich.

Die Bilder, die uns in diesen Tagen aus Syrien erreichen, sind schockierend. Wir hören von Verhaftungen, von Folter und jeden Tag von neuen Toten. Das ist nicht akzeptabel.

Eine Regierung, die auf das eigene Volk schießen lässt, hat jede Legitimität verloren.

Vor einigen Wochen hat mich der Metropolit der syrisch-orthodoxen Kirche von Aleppo besucht und mir berichtet, dass sich die Christen in Syrien große Sorgen machen.

Sie befürchten, dass die Situation weiter eskaliert. In einem Bürgerkrieg zwischen den einzelnen Volksgruppen können sie leicht zwischen die Fronten geraten. Es besteht dann die Gefahr, dass radikale Islamisten versuchen, die Christen aus Syrien zu vertreiben, so wie sie bereits die Christen aus dem Irak vertrieben haben.

Ein besonderes Anliegen ist für uns die Lage der Christen im Irak. Als mich der Bischof aus Bagdad, Bischof Warduni im Dezember des vergangenen Jahres im Bundestag besuchte, beschrieb er die Lage im Irak mit drastischen Worten. „Unsere Heimat ist die Hölle“ sagte er. Und weiter sagte er: „Wenn jemand mir sagt, er glaube nicht an die Hölle, dann antworte ich

ihm: 'Kommen Sie doch mal in den Irak für eine Woche, da werden Sie sehen, ob es die Hölle gibt oder nicht'."

Im Jahr 2003 lebten noch über eine Millionen Christen im Irak. Heute, so schätzen die Kirchen im Irak, sind es weniger als 300.000. Die Christen, die ihr Land nicht verlassen haben, leben heute vor allem im Norden des Landes.

In der autonomen Region Kurdistan haben viele von ihnen Zuflucht gefunden. Aber auch hier fehlt es an Perspektiven. Um die irakischen Christen zu unterstützen, gilt es auch hier anzusetzen, und durch Projekte der Entwicklungszusammenarbeit neue Hoffnung zu schaffen.

Viele Christen sind jedoch in die Nachbarländer geflohen. Allein 13.000 Christen sind beim Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen in Syrien registriert. Die Dunkelziffer dürfte noch weitaus größer sein. Viele von ihnen sind traumatisiert. Sie haben Folter, Vergewaltigung und Entführungen erlebt, ihre Familien wurden auseinandergerissen. Heute haben diese Flüchtlinge das Gefühl, in einer Sackgasse gelandet zu sein.

Sie können nicht zurück in ihre irakische Heimat, weil sie dort nicht sicher sind. Aber auch in Syrien sehen sie für sich keine Zukunft, denn dort hat sich die politische Situation in den vergangenen Monaten dramatisch zugespitzt.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode haben sich Abgeordnete der Union dafür eingesetzt, Irak-Flüchtlingen in Deutschland eine neue Heimat zu bieten. Im Jahr 2009 hat Deutschland 2.500 Irak-Flüchtlinge aus Syrien und Jordanien aufgenommen und dabei darauf geachtet, dass die Mehrzahl von ihnen Christen oder Angehörige anderer religiöser Minderheiten waren. Angesichts der verzweiferten Lage der irakischen Christen in Syrien fordere ich, dass wir erneut prüfen, wie wir durch Aufnahme weiterer Flüchtlinge in Deutschland helfen können.

Ich möchte auf zwei weitere Länder eingehen, die in unserer parlamentarischen Arbeit eine wichtige Rolle spielen und deren

Situation auch heute von Bischof Damian und Erzbischof Aydin besonders beleuchtet wird: Ägypten und die Türkei.

In diesem Jahr bin ich zweimal nach Ägypten gereist. Das Jahr 2011 begann mit einem grausamen Anschlag auf die Neujahrsmesse in einer koptisch-orthodoxen Kirche in Alexandria, bei dem 21 Menschen ums Leben kamen und an die hundert verletzt wurden.

Im Januar, unmittelbar nach dem grauenvollen Anschlag auf die Kirche in Alexandria, habe ich die koptischen Christen in Ägypten besucht. Ich bin auch mit Papst Shenouda III. zusammengekommen, um ein Zeichen der Solidarität mit den bedrängten Christen im Land zu setzen. Junge Kopten berichteten mir damals in vertraulicher Runde über die alltägliche Diskriminierung, die sie erfahren und eine schleichende Islamisierung der Gesellschaft.

Dann kam die Freiheitsbewegung aus Tunesien an den Nil. Wir alle erinnern uns an die Bilder der mutigen Menschen auf dem Tahrir-Platz und auch an die bewegenden Szenen, wie Christen

und Muslime gemeinsam für mehr Freiheit und ein besseres Leben demonstriert haben. Diesen Menschen gelten unsere Sympathie und unsere Unterstützung.

Im Mai habe ich mich daher in Ägypten über den Stand der politischen Reformen erkundigt. Ich bin überzeugt, dass jedes Land seinen eigenen Weg in eine friedliche und von Freiheit geprägte Gesellschaft finden muss.

Aber es ist auch wichtig, dass immer die universellen Menschenrechte das Fundament der politischen Ordnung bilden. Dabei gilt es, die Religionsfreiheit und den Schutz der religiösen Minderheiten zu gewähren. Sowohl mit Ministern der Übergangsregierung als auch mit Vertretern der Demokratiebewegung und Angehörigen der Muslimbruderschaft haben wir über Wege in ein freiheitliches, demokratisches Ägypten diskutiert. Wir werben dafür, dass in der neuen Verfassung Ägyptens – aber auch in der Tunesiens, über die derzeit beraten wird – die Gleichberechtigung aller Bürger, unabhängig von ihrer religiösen und konfessionellen Zugehörigkeit, verankert wird. Über die Konrad-Adenauer-

Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung unterstützen wir die Demokratisierung des politischen Lebens und helfen beim Aufbau von politischen Parteien mit, in denen Muslime und Christen gleichberechtigt zusammenarbeiten.

Die aktuellen Ereignisse in Ägypten lassen die Zukunft nach der anfänglichen Euphorie wieder düsterer erscheinen.

Immer wieder kommt es zu Gewaltausbrüchen, auch gegen die christliche Minderheit. Mehrere Kirchen wurden in den vergangenen Monaten angezündet und Übergriffe auf Christen mehren sich. Zuletzt kam es zu brutalen Übergriffen auf koptische, aber auch auf muslimische Demonstranten, die in Kairo gegen die Regierung und das Militär protestierten, mit Toten und Verletzten. Diese Vorfälle zeigen, wie fragil die Lage in Ägypten derzeit ist.

Die christliche Minderheit steht dabei von zwei Seiten unter Druck. Zum einen haben die Salafisten, die Ägypten in einen Gottesstaat verwandeln wollen, in den vergangenen Monaten

starken Zulauf bekommen. Ihnen sind Andersgläubige ein Dorn im Auge, die durch Einschüchterungen und auch durch Gewalt aus dem Land vertrieben werden sollen. Zum anderen haben die alten Kräfte die Kopten im Visier. Ihre Strategie ist es, durch Gewalt gegen die Minderheiten, gesellschaftliche Spannungen zu schüren – in der Hoffnung, dass die Mehrheit der Ägypter dann wieder nach den alten Kräften ruft.

Spannungen zwischen den Religionsgruppen zu schüren, um die eigene Herrschaft zu sichern, ist auch in anderen Teilen des Nahen Ostens das Vorgehen von Diktatoren.

Neben der Gewalt gegen die christliche Minderheit hat in Ägypten, wie in beinahe allen Staaten der Region, ein Prozess begonnen, die bestehenden Verfassungen zu reformieren bzw. neu zu schreiben. Dabei wird auch das Verhältnis zwischen Religion und Staat sowie zwischen Mehrheitsbevölkerung und den Minderheiten neu zu regeln sein. In der Vergangenheit stand in der Verfassung Ägyptens, dass die Scharia eine Hauptquelle des Rechts ist. Das war das Einfallstor für vielfache

Ungleichbehandlung der Bürger. Es ist daher für den Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung unerlässlich, dass die grundlegenden Bürgerrechte in den Verfassungen festgeschrieben werden. Ein effektiver Minderheitenschutz kann nur auf dieser Basis gelingen.

Der Umbruch, der in Tunesien begonnen hat und sich über Ägypten in der gesamten Region ausbreitet, gibt also sowohl Anlass zur Hoffnung als auch zur Sorge. Noch wissen wir nicht, in welche Richtung die Entwicklungen in der Region gehen. Aber es ist wichtig, dass wir die Menschen auf ihrem Weg begleiten und dass wir die Stimme auch für die bedrängten Minderheiten erheben. Wir werden daher auch der neuen Übergangsregierung klipp und klar sagen: Die Zusammenarbeit mit uns verlangt auch, dass Menschenrechte eingehalten werden und die Religionsfreiheit gegeben ist.

Das zweite Land, das ich hier hervorheben möchte, ist die Türkei. Die Türkei nimmt in der Region eine besondere Stellung

ein. Sie kann als Brücke zwischen Europa und der arabischen Welt dienen.

Doch trotz einiger Fortschritte in den vergangenen Jahren ist die Religionsfreiheit in der Türkei nach wie vor stark eingeschränkt. Der Umgang mit religiösen Minderheiten ist nicht akzeptabel.

Der Fortschrittsbericht, den die Europäische Kommission vor einigen Wochen vorgelegt hat, listet seit Jahren die gleichen Defizite auf. Der Umgang mit den Minderheiten ist noch empörender, wenn man sich vor Augen führt, dass es in der Türkei heute kaum noch religiöse Minderheiten gibt. Auf dem Gebiet der heutigen Türkei lebten vor 100 Jahren noch etwa 20 Prozent Christen. Heute sind es weniger als 0,2 Prozent. Statt diese kleine Minderheit in besonderer Weise zu schützen und zu fördern, übt der türkische Staat großen Druck auf deren kirchliche Institutionen aus. Mit den restriktiven Gesetzen legt die Türkei die Axt an die Wurzel der christlichen Gemeinschaften.

Ein Beispiel für den Umgang des türkischen Staates mit den Minderheiten ist das Kloster Mor Gabriel. Dieses Kloster in der Südost-Türkei kann auf eine fast 2000-jährige Geschichte blicken. Es ist das geistige und kulturelle Zentrum der syrisch-orthodoxen Christen in der Region. Die türkischen Behörden machen dem Kloster weite Teile seines Grundbesitzes streitig. Sie wollen das Land um das Kloster herum enteignen und damit die Existenz des Klosters gefährden. Ich habe mir im Frühjahr dieses Jahres vom Abt des Klosters über die Lage berichten lassen und sage an dieser Stelle deutlich:

Deutschland verfolgt sehr genau, wie die Türkei mit ihren Minderheiten umgeht. Der jetzige Zustand ist nicht akzeptabel. Wir werden daher gemeinsam mit unseren europäischen Partnern die Lage erörtern. Und wir werden das Gespräch mit der Europäischen Kommission suchen und sie an ihre Verantwortung erinnern. Es kann nicht sein, dass das Thema Religionsfreiheit in den Gesprächen mit der Türkei „unter ferner liefen“ behandelt wird! Hier geht es sich nicht um irgendwelche Binnenmarktvorschriften, sondern um den Kernbereich der

europäischen Identität. Es geht um die individuelle Freiheit von Menschen und wir sind es den Menschen in der Türkei schuldig, uns für diese einzusetzen.

Es ist für mich ein ermutigendes Zeichen zu sehen, dass sich auch der Evangelische Arbeitskreis mit der Diskriminierung und Verfolgung von Christen befasst.

Helfen Sie mit, die Lage der verfolgten Christen zu einem Thema in der Öffentlichkeit zu machen. Neben wichtigen Themen wie der Finanzkrise oder der Zukunft Europas muss auch Zeit sein für den Einsatz eines so fundamentalen Menschenrechts. Ich hoffe daher, dass von der heutigen Tagung ein Impuls in Ihre Gemeinden ausgeht. Die CDU/CSU-Fraktion wird sich im Deutschen Bundestag weiter dafür einsetzen, dass der Einsatz für Religionsfreiheit ein wichtiger Teil der wertegeleiteten Außenpolitik bleibt. Den Menschen zuliebe.

Nürnberg 2011 – CSU/EAK

Umfassende Berichterstattung – Christenverfolgung

Die Verfolgung der Christen im Nahen Osten nimmt stetig zu.
Lösungen zu finden ist unsere Aufgabe – als Vertreter von Politik,
Kirchen und Gesellschaft.

Wir sind als menschliche Gemeinschaft für alle verantwortlich,
nicht nur für uns selbst!

Das "**Morgen**" kann nur siegen, wenn wir das
"**Gestern**" überwinden und "**Heute**"
gemeinsam dafür kämpfen!

Nürnberg 2011 – CSU/EAK

Umfassende Berichterstattung – Christenverfolgung

**Erzbischof Dr. Julius Hanna Aydin/Syr.
Orthodoxe Kirche**



**Generalbischof Anba Damian/Koptische
Kirche/www.koptisches-kloster-hoexter.de**

**Simon Jacob/Integrationsbeauftragter der
Syr. Orth. Kirche/CSU München**



**Janet Abraham- Vorstand/Solidaritätsgruppe
Tur Abdin/www.nordirak-turabdin.de**



**Marianne Brückl
Menschenrechtsjournalistin – Focus Ägypten –
Bericht/Videos**

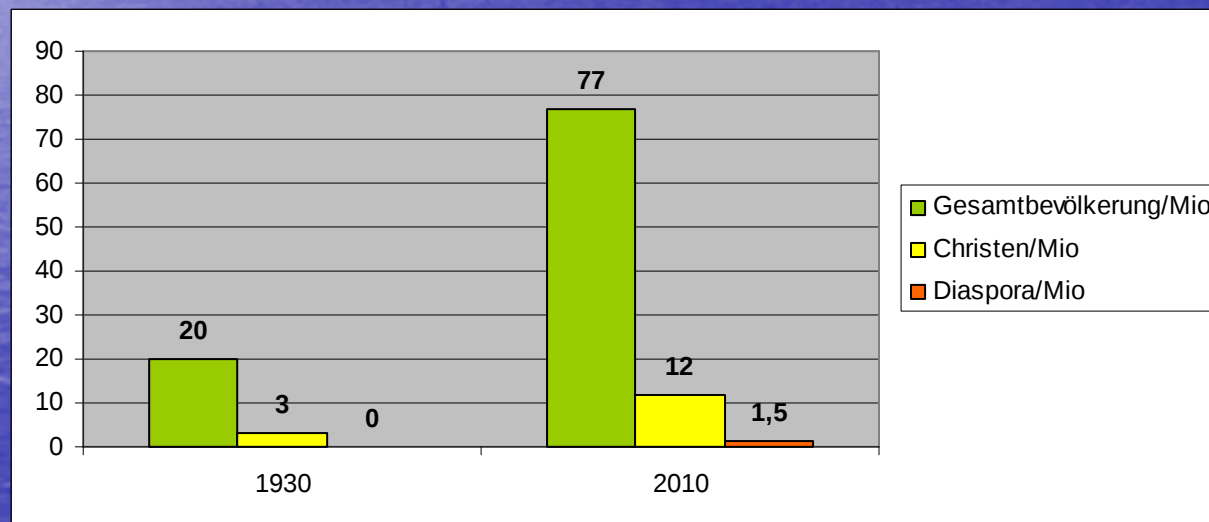


Nürnberg 2011 – CSU/EAK

Umfassende Berichterstattung – Christenverfolgung

Zahlen und Fakten

Ägypten 

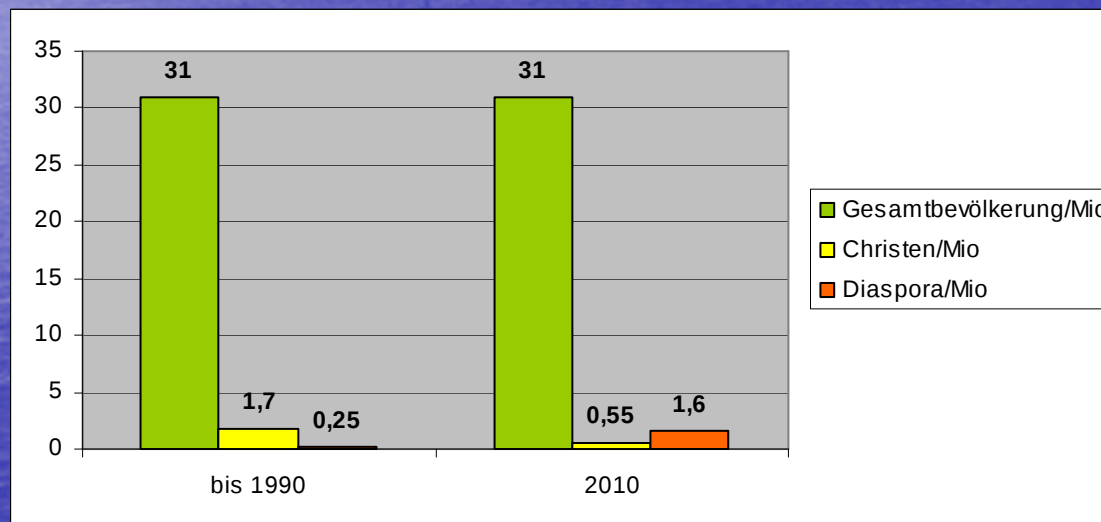


Nürnberg 2011 – CSU/EAK

Umfassende Berichterstattung – Christenverfolgung

Zahlen und Fakten

Irak

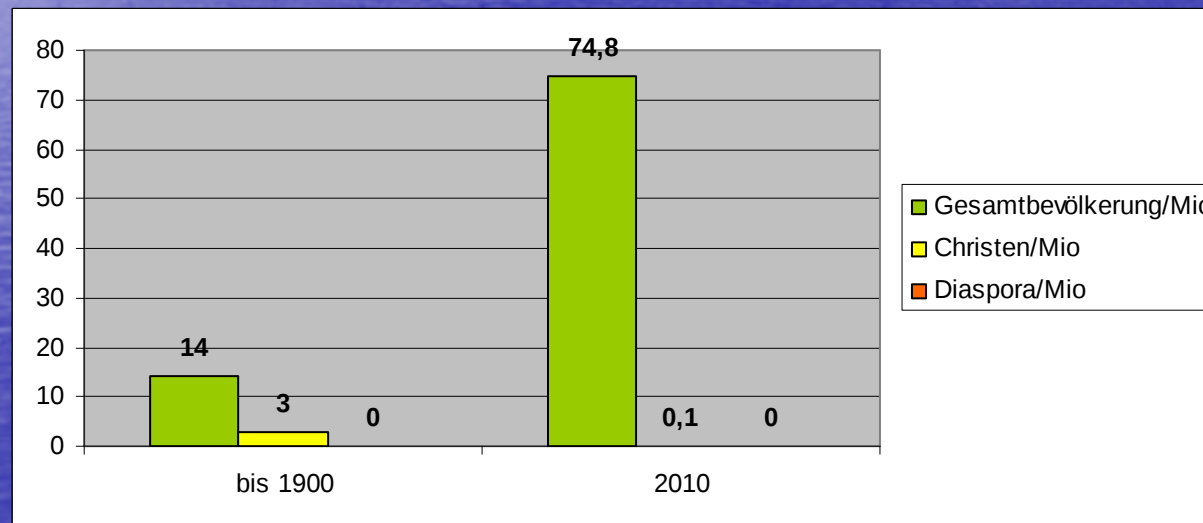


Nürnberg 2011 – CSU/EAK

Umfassende Berichterstattung – Christenverfolgung

Zahlen und Fakten

Türkei



Nürnberg 2011 – CSU/EAK

Umfassende Berichterstattung – Christenverfolgung

Zahlen und Fakten

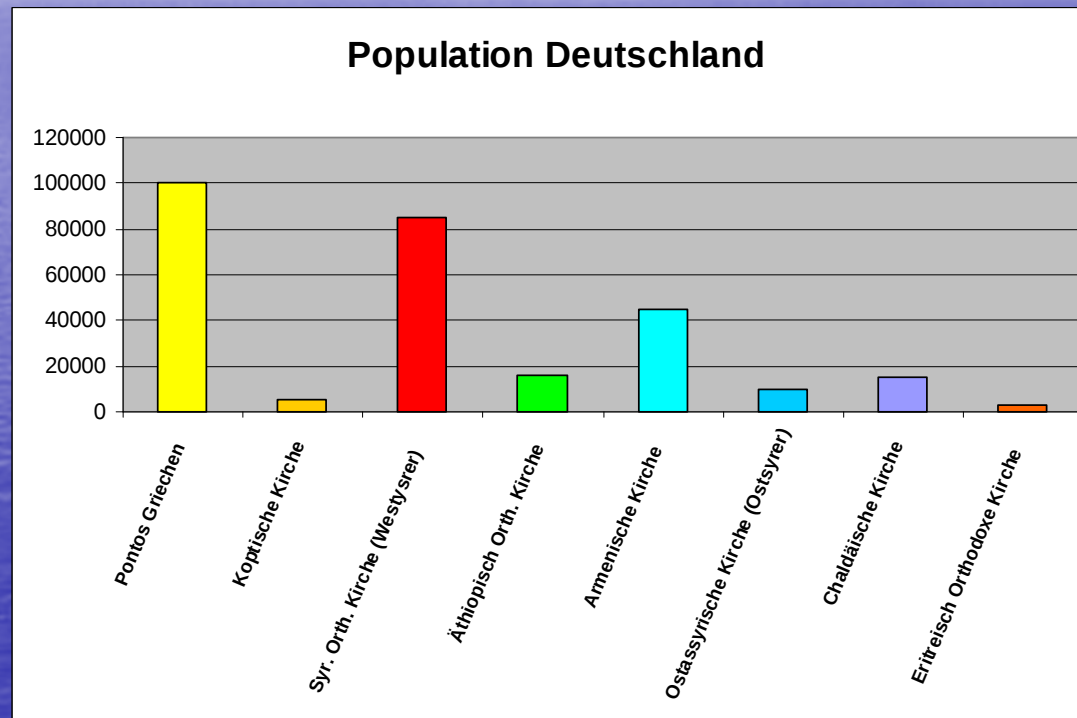
Land	Glaubensrichtung	Index v. 1900 bis 2003/Mio			Index v. 1900 bis 2003/Mio		
Ägypten	Koptische Kirche	Bis 1930 20/Mio	3/Mio Christen	Gefahr einer ethnischen Säuberung	Bis 2010 77/Mio	12/Mio Christen	
Äthiopien	Äthiopisch Orthodoxe Kirche	Verhältnis Gesamtanteil zu Christen		Ehemalige Muslime von Verfolgung bedroht	Bis 2010 85//Mio	51/Mio Christen	
Eritrea	Eritreisch Orthodoxe Kirche			Tausende von Christen in Haft	Bis 2010 5//Mio	2,7/Mio Christen	
Irak	Ost – Assyrische Kirche, Chaldäische Kirche, Syr. Orthodoxe Kirche	Bis 2003 30,7/Mio	1,5/Mio Christen	Ethnische Säuberung	Bis 2010 30,7/Mio	0,2/Mio Christen	
Iran	Assyrische Kirche, Armenische Kirche	Verhältnis Gesamtanteil zu Christen		Konvertiten müssen um Leben fürchten	Bis 2010 74/Mio	0,45/Mio Christen	
Jordanien	Verschiedene Konfessionen			Weihnachten gilt als Feiertag	Bis 2010 6,3/Mio	0,33/Mio Christen	
Syrien	Verschiedene Konfessionen			Christen werden respektiert	Bis 2010 22/Mio	1,9/Mio Christen	
Türkei	Griechische Kirche, Armenische Kirche, Syr. Orth. Kirche	Bis 1900 14/Mio	3/Mio Christen	Priesterseminare verboten	Bis 2010 74,8/Mio	0,1/Mio Christen	

Nürnberg 2011 – CSU/EAK

Umfassende Berichterstattung – Christenverfolgung

Zahlen und Fakten

Das Leben in der neuen Heimat

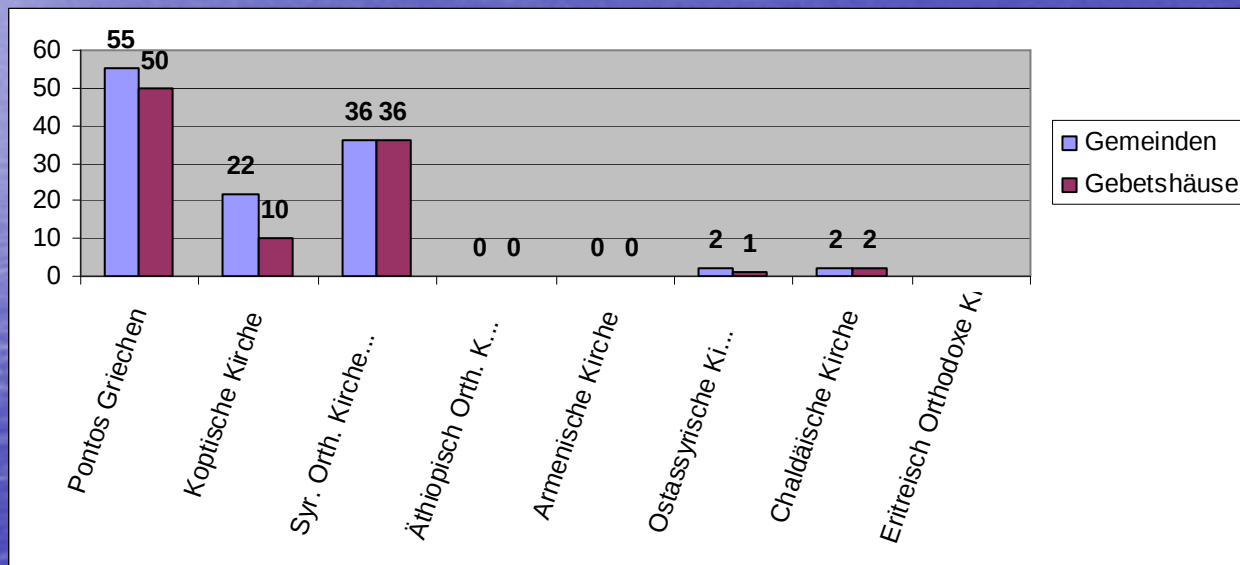


Nürnberg 2011 – CSU/EAK

Umfassende Berichterstattung – Christenverfolgung

Gemeinden und Kirchen in Deutschland

Zahlen und Fakten



Nürnberg 2011 – CSU/EAK

Umfassende Berichterstattung – Christenverfolgung

1990 – Beschluss der IAO

24 Regierungen afrikanischer Länder schlossen sich im Sommer 1990 zur "Islam-in-Afrika-Organisation" (IAO) zusammen. Auf der Gründungssitzung wurde beschlossen, nur noch Moslems in führende Ämter zu berufen, das islamische Recht (Scharia) einzuführen und das Christentum sowie andere nichtislamische Religionen zu vernichten.

Nürnberg 2011 – CSU/EAK

Umfassende Berichterstattung – Christenverfolgung

- Geboren in der Türkei, Ausbildung zum Schmid. Ableistung des Wehrdienstes in der Türkei
- 1969 – 1972 Besuch – Ötserreiechisches St. Georg/Istanbul
- 1972 – 1978 Studium der Theologie in Beirut und Schwaz (Österreich)
- 1978 – 1980 Sekretär/Bischof Mor Julius Yeshu Cicek
- 1980 – 1982 Hochschulstudium – Katholische Universität Eichstätt
- 1983 – 1987 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Lehrstuhls für Alte Kirchengeschichte
- 1978 – 1992 Seelsorge
- 1992 – 1996 Erneut Bischofssekretär
- Ab 1997 – Abt/Kloster St. Jakob von Saurug in Warburg, Leiter des Priesterseminars
- Feb 2006 – St. Ephrem Ecumenical Research Institute Kottayam (Indien) → Zum Dr. phil. promoviert
- Feb 2006 – Patriarchalvikar für Deutschland
- 18 Februar 2007 – Bischofsweihe in der St. Petrus und Paulus Kirche in Saydnaya bei Damaskus (Syrien).



Nürnberg 2011 – CSU/EAK

Umfassende Berichterstattung – Christenverfolgung

Bericht - Syr. Orth. Kirche

1. Erzbischof Dr. Julius Hanna Aydin – Politische Situation – Syrien/Türkei – Entwicklung

Die Entwicklung der christlichen Bevölkerung in der Türkei ist besorgniserregend.

Die Ängste der Menschen erstrecken sich auf den gesamten Nahen Osten.

Auch Syrien, das bisher als sicher für die Christen galt, wird zunehmend von Gewalt durch extremistische Gruppierungen erschüttert.

Mittlerweile wurde beschlossen, Syrien aus der Arabische Liga auszuschließen. Welche Folgen hat das für die christliche Bevölkerung?

Menschen mit Migrationshintergrund sollen als politische Akteure in Europa Brücken zwischen den Kulturen schlagen.



Nürnberg 2011 – CSU/EAK

Umfassende Berichterstattung – Christenverfolgung

Bericht - Syr. Orth. Kirche

2. Janet Abraham - Vorstand/ Solidaritätsgruppe Tur Abdin – Bericht Mor – Gabriel

Rechtliche Situation des syrisch-orthodoxen Klosters.

Mor Gabriel wird seit Ende des Jahres 2008 mit unzähligen Prozessen überhäuft und soll enteignet werden.

Besuche von Politikern sämtlicher Parteien ließen die Türkei jedoch unbeeindruckt, die Verzögerungstaktik setzt sich fort.

Sämtliche Verfahren wurden gegen das Kloster entschieden und ziehen weitere nach sich. Es gibt immer wieder Vertagungen, die eine endgültige Entscheidung in absehbarer Zeit verhindern.

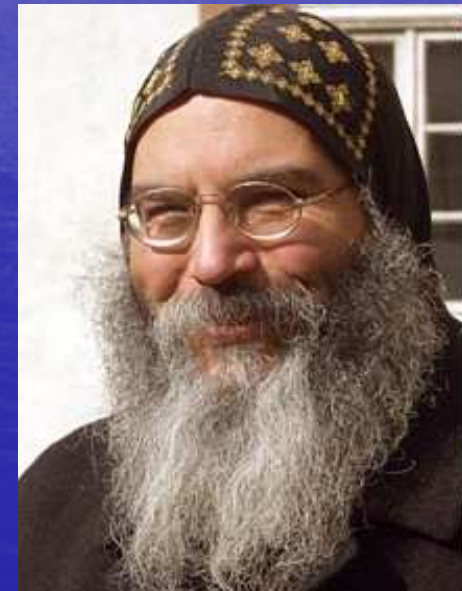
Welche rechtlichen Möglichkeiten hat Mor Gabriel und wie geht es weiter?



Nürnberg 2011 – CSU/EAK

Umfassende Berichterstattung – Christenverfolgung

- Geboren 1955 in Kairo (Ägypten)
- 1977 – Abschluss des Medizinstudiums in Kairo (Ägypten)
- 1980 – Ableistung des Anerkennungsjahres
- 1981 – Zivilarzt/Amerikanisches Militärkrankenhaus – Stuttgart
- 1982 – 1988 Fachartzausbildung – Strahlentherapie, Nuklearmedizin, Röntgendiagnostik – Kreiskrankenhaus Ludwigsburg
- 1988 – Tätigkeit als Oberarzt der Radiologie – Kreiskrankenhaus Mühlacker (Enzkreis)
- 1991 - Zäsur – Entscheidung nur noch der Kop. Kirche zu dienen
Ziel: Mönchsstatus/Eremit
- 1992 – Mönchsweihe
- 1993 – Priesterweihe → Papst Shenouda III/St. Bischoi-Kloster. Im gleichen Jahr Seelsorger in Deutschland.
- 1993 – Übernahme der Klosterruine Höxter- Brenkenhausen. Eine mehrjährige Restaurierung verhalf dem Kloster zu neuem Glanz.
- 1995 – Weihe zum Generalbischof – Markuskathedrale Kairo/Ägypten



Nürnberg 2011 – CSU/EAK

Umfassende Berichterstattung – Christenverfolgung

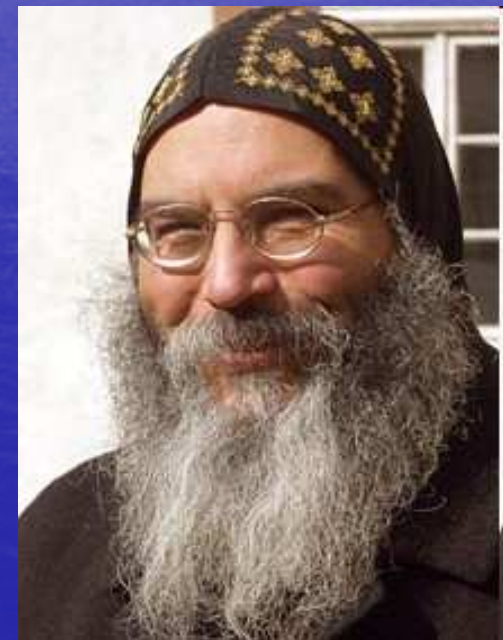
Bericht – Koptische Kirche

3. Generalbischof Anba Damian – Aktuelle Sichtweise – Entwicklung

Neueste Erkenntnisse nach seiner Rückkehr aus Ägypten.

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen werden beeinflusst durch die Islamisten.

Welche Folgen ergeben sich aus seiner Sicht für die koptische Kirche und eine demokratische Entwicklung des Landes?



Nürnberg 2011 – CSU/EAK

Umfassende Berichterstattung – Christenverfolgung

Bericht – Koptische Kirche

4. Marianne Brückl

Menschenrechtsjournalistin – Focus Ägypten –
Bericht/Videos

Der Schwarze Sonntag von Kairo und seine Folgen.

Am Sonntag, den 09. Oktober 2011 wurden bei einer friedlichen Demonstration in Maspero (Kairo) über 40 Menschen getötet, mehr als 200 schwer verletzt.

Die Armee schoss auf die Menschen und raste mit Militärfahrzeugen in die Menge der 10.000 Demonstranten.

Augenzeugen erzählten über das Blutbad.

Unter den Toten: Mina Daniel, auch „Che Guevara“ von Ägypten genannt. Er brachte liberale Muslime und Christen mit den gleichen Gedanken für ein Ägypten in Frieden und Freiheit zusammen.

Sein enger Vertrauter Samuel sprach über ihn.



Nürnberg 2011 – CSU/EAK

Umfassende Berichterstattung – Christenverfolgung

Bericht – Koptische Kirche



Nürnberg 2011 – CSU/EAK

Umfassende Berichterstattung – Christenverfolgung

Arbeitskreis CSU/CDU /Deutsch – Orientalen

Integration bedeutet auch, aus der **Vergangenheit** zu lernen, um die **Zukunft** zu gestalten. Unser Leid hat uns eine neue Heimat geschenkt. Diese zu bewahren und die **freiheitlichen** Werte zu schützen, welche uns gegeben wurden, ist nun auch unsere Pflicht. Denn wir sind Teil dieser Gesellschaft und sehen uns in der Verantwortung, **ehrliche Brücken** des Dialogs zu bauen, um ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen.

DIALOG DURCH INTEGRATION

Christenverfolgung in der Türkei und im Nahen Osten

Tagung: veranstaltet von Ev. Arbeitskreises der CSU in Bayern am 26. Nov. 2011 in Nürnberg.

Referent: Mor Julius Dr. Hanna Aydin. Erzbischof der Syrisch-Orthodoxen Kirche in Deutschland.

Thema: „Die Christenverfolgung: Die Lage der Syrisch-Orthodoxen Christen in der Türkei (Kloster Mor Gabriel) und im Nahen Osten“.

Sehr geehrter Herr Volker Kauder, Vorsitzender der Fraktion CDU-CSU.

Sehr geehrte Versammlungsmitglieder des Evangelischen Arbeitskreises der CSU in Bayern.

Sehr geehrter Herr Pfarrer Dr. Jürgen Henkel,
Liebe Schwester und Brüder im Herrn.

Sie haben mich als Erzbischof der syrisch-orthodoxen Kirche eingeladen, um über die Lage der Christen im vorderen Orient vornehmlich im Tur Abdin mit Ihnen zu sprechen.

Wenn wir als orientalische Christen über die Situation in dieser von Erschütterungen heimgesuchten Weltregion sprechen, so vermengen sich, ob wir es wollen oder nicht, immer die verschiedensten Lebensgewohnheiten, Kulturen und historischen Erfahrungen miteinander, die ineinander verwoben, sich zu einem Knäuel von Problemen verdichten. Um das alles zu verstehen, will ich versuchen, einige Fäden des Knäuels zu entwirren.

Vorab möchte ich Ihnen vortragen, dass uns wegen unserer Erfahrungen in der muslimischen Gesellschaft erhebliche innere Traumata bewegen und wir deshalb auch Vorbehalte haben, wenn wir davon reden, aber auch von unseren Bemühungen zur Integration in Europa berichten.

Lassen Sie mich zum letzteren einige Vorbemerkungen machen. Nachdem wir unsere Heimat (1978-1980) verlassen haben, sind wir mit bestimmten Vorstellungen nach Europa gekommen, in der Hoffnung, dass wir in christlich geprägte Länder kommen. Was wir aber vorfanden, war eine liberale, pluralistische Gesellschaft, in der der gesellschaftliche Konsens einer einheitlichen Religionsvorstellung längst aufgegeben worden war. Dass der Begriff von Freiheit, Selbstbestimmung durch Aufklärung und die Rechtsauffassung von den individuellen Rechten der Person mit unseren Erfahrungen einer muslimisch geprägten Gesellschaft nicht kompatibel sind, ist eine wichtige Erfahrung. Wir waren ratlos und sind es zum Teil noch. Wir mussten erfahren, dass unsere traumatischen Erfahrungen über Verfolgung und Unterdrückung in unseren Heimatländern auf Unverständnis der europäischen Gesellschaft stießen, weil sie diese zum Teil verkrusteten und durch Jahrtausend alte Traditionen bestehenden

Wirklichkeiten nicht begreifen und verstehen können. Im Übrigen hat sich an dieser unserer Erkenntnis bis heute wenig geändert. Das schließen wir aus der Reaktion in Europa, die die revolutionären Umbrüche in der arabischen Welt als „arabischen Frühling“ apostrophierten. Wir wissen aus eigener Erfahrung sehr wohl, dass im Grunde kaum eine gesellschaftliche Änderung in diesen Ländern zu erwarten ist, weil arabische Bürger nur in Strukturen von Unterordnung und Herrschaftsgläubigkeit denken. So werden, das ist unsere Einschätzung, die neuen Staatenlenker die Scharia als Grundlage ihrer Rechtsauffassung nehmen, wie bereits aus dem Revolutionsrat in Libyen zu hören ist, und wie die Koalition des **Militärs in Ägypten** mit den Moslembrüdern befürchten lässt. Unsere koptischen Brüder und Schwestern haben mehr als zuvor darunter zu leiden, wie wir im Verlauf des heutigen Tages noch sehen werden. Auch gibt uns das Wahlergebnis in Tunesien Recht, wo 40 % der Wählerstimmen islamistischen Parteien zugefallen sind. Demokratisch freiheitliche Vorstellungen, wie sie in Europa gelebt werden, werden wohl noch manche revolutionären Aufstände notwendig machen, damit diese in muslimischen Ländern überhaupt verstanden werden. Hier bestätigt sich auch die Kairoer Erklärung der Arabischen Liga über die Menschenrechte von 1980, mit der festgelegt ist, dass die Grundlage allen Rechts aller Menschen die Scharia ist, weil nur diese in der Lage sei, eine verwirrte Menschheit zu erlösen.

Uns verwirrt die oft anzutreffende Ahnungslosigkeit der „Abendländer“ mit der die Menschen in der pluralistischen Gesellschaft den gerade im Islam heute gepflegten radikalen Tendenzen des Islamismus begegnen. Ich will das an einem Beispiel aus dem Bereich der Salafisten - einer extrem radikalen Islamauffassung -, die in der Bundesrepublik zurzeit, nach Aussage des Verfassungsschutzes, ca. 3000 aktive Mitglieder zählen soll- erklären. Weil diese an Boden gewinnt und das nicht aus orientalischen Mitgliedern, sondern besonders aus jungen Menschen in Deutschland. Ich erwähne das auch deshalb, weil dadurch deutlich werden kann, was wir aus eigener Erfahrung wissen und was in den europäischen Gesellschaften, so scheint es, verdrängt wird. Ich beziehe mich dabei auf einen Artikel, der in der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ erschienen ist und einen Beitrag in „Christ in der Gegenwart“ vom 30.10.2011.

Dort lesen wir über die Zuwendung eines jungen Mannes zu den Salafisten, ich zitiere: „Einer ihrer Aktivisten und Sprecher gab zu Protokoll, er entstamme aus einer Familie mit dem üblichen luschigen Christentum nicht praktizierender Katholiken. Wenn er als 25jähriger gelernter Feuerwehrmann von seinen „wilden Zeiten“ spreche, so spreche er von den Zeiten, da er noch kein Muslim war und, so wörtlich, es klingt (bei ihm) das Unglück an, in einer freien Gesellschaft leben zu müssen, wenn man wenig Talent dazu hat und das Gefühl der Erleichterung, eine Freiheit loszuwerden, die er als Haltlosigkeit erlebte. Die Tyrannei einer religiösen Ordnung, die einem sogar das Zähneputzen vorschreibt, mag einen freiheitsliebenden Bürger erschauern

lassen. Doch für einen jungen Mann, der um seine Seele fürchtet, sei diese die Rettung“. Zitat Ende.

Die missionarischen Bestrebungen der Salafisten werden, so unsere Beobachtung auch von anderen jungen Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland durchaus als Alternative gesehen. Darunter sind nicht nur Befürworter des Dschihad, sogenannte Dschihadisten, (vergl. die Sauerlandgruppe, die vor einigen Wochen abgeurteilt worden ist) sondern auch junge Männer, die in den letzten Jahren von Deutschland als Salafisten in den Heiligen Krieg gezogen sind, wie in „Christ in der Gegenwart“ festgestellt wird.

Wir wissen ganz gut, dass eine Mehrzahl der Muslime in der BRD nichts anderes wollen, als in Frieden und in der koranischen Gottesfurcht zu leben, und diese Radikalen ablehnen. Wir meinen allerdings auch, dass wir diese bedenklichen Entwicklungen nicht schlichtweg unterschätzen dürfen. Dabei stellen wir fest, dass diese falschen Propheten über die Bibel und den Koran in der Regel besser unterrichtet sind als die meisten Christen.

Was wir beklagen, ist die oft vorhandene Naivität gegenüber derartigen menschen- und gesellschaftsfeindlichen Bestrebungen, die auch von der Politik in falsch verstandener Liberalität nicht aufgegriffen wird und kaum einen nennenswerten Gegenpart dazu aufbaut aus Angst, es würde der pluralistischen Gesellschaft schaden und die Freiheit blockieren, was in der Kausalitätskette dann schließlich dazu führt. Und die Deutschen müssten es eigentlich aus der Geschichte des 3. Reiches kennen, dass am Ende die völlige Unterwerfung unter diese Ideologie im Namen der Freiheit genau diese Folgen haben kann. So schaukeln die ratlosen Bürger von der einen Seite zur anderen und die Freiheit liebenden Bürgern werden einfach durch ethische oder intellektuelle Erkenntnisse, in die daraus resultierende Unfreiheit entlassen.

Soweit hierzu. Ich möchte mich nun in meinen weiteren Ausführungen auf einige wenige Punkte beschränken, die heute im politischen und gesellschaftlichen Leben von großer Bedeutung sind, den Knoten aufschnüren und an einzelnen Fäden darstellen.

Aber über diese Thematik im Einzelnen zu sprechen fehlt uns leider die Zeit. Jedoch liegt eine detaillierte Übersicht als Information auch schriftlich vor, so dass ich jetzt nicht explizit auf jeden Punkt eingehen muss.

Was Sie als Skript mitnehmen können, berührt die Themen:

1. Was heißt für einen Orientalen Menschenrechte, wie sind diese zu bewerten im Lichte des früheren Dhimmi-Status und der gesellschaftlichen Wirklichkeit heute.
2. Sind Demokratie und Scharia mit einander kompatibel?
3. Knickt der Westen vor der Islamischen Bewegung ein?
4. Warum werden Christen verfolgt?
5. Unsere Wünsche und Bitten an unsere christlichen Mitschwesern und -brüder.

An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass in der diesem Referat beigefügten Anlage ich ausführlich über die grundsätzliche Haltung der islamischen Religion zum Christentum berichte. Dabei habe ich die Anordnungen der Kalifen und der Scharia, die heute noch verbindlich sind, aufgeführt. Diese Erkenntnisse werden für einen demokratischen Europäer völlig überraschend sein.

Ende – Skript sollte ausgedruckt und verteilt werden !

1. Menschenrechte – Definition:

Menschenrechte sind für uns Orientalen ein schillernder Begriff. Heute leben in unserer verlassenen Heimat und im Orient Christen, die um ihre Existenz ringen. Das Spannungsverhältnis zwischen den Menschenrechten des Westens und der muslimischen Welt ist groß, weil sie auch gleichzeitig eine Anfrage und Rückfrage an die Lebensweise und die religiöse Überhöhung bedeutet. Wir, die wir aus dem Orient kommen, sind ungeübt, wenn wir nun unter den Menschenrechtsbedingungen der westlichen Lebensweise und der Uno-Menschenrechtserklärung leben sollen. Wir sind nicht gewohnt, im Gefühl des vollen Menschseins zu leben und zu arbeiten, wir, die wir oft unter entwürdigenden Bedingungen haben leben müssen.

1. Wie die Menschenrechte im Westen gesehen werden.

Menschen haben Rechte. Dieser einfache und schlichte Satz birgt es aber in sich. Die Definition des Begriffs Recht beinhaltet die Frage, ob die in einer Gesellschaft bestehenden Regelungen, Traditionen und Lebensbedingen gleich sind und gleich beansprucht werden können, sie sind eine Frage der Gerechtigkeit.

Wir finden definitorische Mindestkriterien vor, die universell und individuell für alle Menschen gelten sollten, die unabhängig von der Nationalität, Rasse, Religion bestehen und den einzelnen Menschen unabhängig von seiner gesellschaftlichen Einbindung zu Gute kommen. Nach der westlichen Auffassung ist diese Quelle vorstaatlicher Natur, d.h. sie sind nicht dem Staat zu verdanken, und sind den Menschen angeboren. Der Anspruch zur Beachtung der Menschenrechte richtet sich daher in erster Linie an den Staat, insbesondere indem von ihm der Verzicht auf Eingriffe in die persönliche Freiheitssphäre erwartet wird. Sie richtet sich aber auch an die Bürger, die im gesellschaftlichen Umgang die Grundsätze dieser Menschenrechtsverpflichtungen zu beachten haben.¹

Menschenrechte sind demnach übergeordnetes Recht, das wegen des Menschseins jeder Person und für jeden vom Eintritt in die menschliche Gesellschaft bis zu seinem Tode Geltung haben muss. Jede staatliche Autorität hat diese Grundlagen als allgemein geltendes Recht zu beachten.

2. Menschenrechte im Islam und in der von uns verlassenen Heimat.

¹ Fritzsche, Menschenrechte, Paderborn 2004 S.16 ff. Er beschreibt in diesem Buch zehn Kriterien, die erfüllt sein sollten, wenn es um Menschenrechte geht.

Die heute in der Welt vorwiegend anerkannte Konzeption der Menschenrechte ist in der muslimischen Welt noch nicht angekommen. Ein Grund mag sein, dass sie zuerst im Westen entwickelt worden ist. Alles das, was vom Westen kommt, wird in fundamentalistischen Kreisen des Islams, die überall noch das Sagen haben, als vom Teufel angestiftet gesehen und ist daher vom Bösen.

Die Uno-Erklärung der Menschenrechte und die islamische Kairoer Erklärung zu den Menschenrechten weisen im Text große Ähnlichkeiten auf. Es gibt jedoch einen beherrschenden Unterschied. Während die Uno-Erklärung von einem zwingenden naturrechtlich - und Vernunft gesteuerten Verständnis ausgeht, werden diese Rechte in den islamischen Erklärungen religiös begründet. So heißt es in der Präambel zur Kairoer Erklärung: „Vor vierzehn Jahrhunderten legte der Islam die Menschenrechte umfassend und tiefgründig fest.“ Diese Feststellung bekräftigt die Auffassung, dass die Rechte keine ursprüngliche und allein aus dem Menschsein begründete Ursache haben, sondern dass sie als von Gott verliehene Rechte anzusehen sind. Und damit beginnen im Islam auch die Probleme, die sich in der Schari'a verdichten.

Die Menschenrechte im Sinne der Schari'a werden, weil sie von Allah verliehen und als Gottes Gebot aufgeschrieben sind, unter diesem Vorbehalt gewährt. Die religiöse Überhöhung nimmt den naturbedingten Menschenrechten geradezu die Zielrichtung. Wenn Religion und Recht von Staat und Religion nicht getrennt werden, dann kann das Individuum sich nicht zu einem selbständigen, vernunftbegabten Rechtssubjekt entwickeln, denn es bleibt eingebunden in übergeordnete Zusammenhänge, die vom religiösen Bekenntnis und der Gottesauffassung abgeleitet werden. Menschenrechte bleiben dann Pflichtenobjekt in einer Ordnung, die aus religiösem Gebot jederzeit verändert werden kann. Wenn alle Menschenrechte unter dem Scharia-Vorbehalt stehen, dann hängt auch alles von den Gelehrten und den theologischen Schulen ab, die für die Auslegung zuständig sind. Je nach dem Standpunkt des Gelehrten und je nach dem politischen und kulturellen Kontext aus dem die entsprechende Schule kommt, werden dann die Rechte definiert, gewährt oder entzogen.²

Der Grundsatz der Schari'a- Unterordnung durchzieht die islamische Rechtsgeschichte durch die Jahrhunderte. Das wird deutlich an der Qualifizierung der Christen als Dhimmis. Um unter dem islamischen Halbmond leben zu dürfen, hatten die Christen Demütigungen zu ertragen, Leistungen zu erbringen und die Dhyzia zu zahlen. Die vor gut 150 Jahren überwundene Pflicht zum Kauf der Schutzbedürftigkeit verpflichtete die Christen, sich bestimmten entwürdigenden Bedingungen unterzuordnen.³ Obwohl die Änderungen im gesellschaftlichen und gesetzlichen Leben im Orient ihre Wirkungen nicht verfehlten, sind sie am Bewusstsein der Menschen des Orients vorbeigegangen. Das beweist z.B. die Tatsache, dass die Jahrzehnte des „Tanzimat“ un-

² Fritzsche, K.P. a.a.O. S. 89

³ Nagel, Tilmann, Die islamische Welt bis 1500, München 1998, S. 11

ter Sultan Abdülmecid I. in der Mitte des 19. Jahrhunderts konsequenzlos vorübergingen.

3. Sind Demokratie und Scharia kompatibel?

Immer waren Christen Menschen minderer Ordnung, die in der Rangfolge des Menschseins unter den Gläubigen anzusiedeln sind. Legt man diese Maßstäbe auch auf die gegenwärtigen Verhältnisse in unserer Heimat und auf die Verhältnisse in den islamischen Ländern an, so muss festgestellt werden, dass die islamische Bevölkerung auch heute noch von den westlichen Menschenrechtsvorstellungen weit entfernt ist. Ich möchte an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, dass die in Europa eingewanderten strengen Muslime von den Christen in Europa verlangen, dass sie sich ihren Vorstellungen unterwerfen, wie sie dies aus ihrer tausendjährigen Geschichte mitgebracht haben.

Im Gegenteil. Auch bei vielen muslimischen Einwanderern verfestigt sich die Meinung, dass Europa nun endlich reif sei, islamisiert zu werden und dem Gebot der Schari'a unterstellt werden kann. Wir haben den Eindruck, dass sich die überwiegende europäische Öffentlichkeit bereits darin eingerichtet hat und durch falsch verstandene Toleranz der Entwicklung freien Lauf lässt. Man wäre sogar bereit, die Schari'a unter bestimmten Bedingungen anzuerkennen, wie Stimmen in Großbritannien und in der Schweiz vorschlagen.

Die klassische Schari'a enthält ein Strafrecht, das körperliche Strafen (Auspeitschen, Steinigen, Handabhacken u.a.) als Strafmaß vorschreibt. Das steht diametral im Widerspruch zum westlichen Verständnis der Menschenrechte und der UN-Deklaration. Ebenso ist die Gleichstellung der Frau nach Schari'a recht inakzeptabel. Vielmehr wird auch in der Kairoer Erklärung verlangt, dass sich die ganze Welt diesen Forderungen unterwirft.

4. Knickt der Westen vor dem Islamismus ein?

Unsere Sorge ist, dass die europäische Gesellschaft mangels eigener Werte, die sie durch die Trennung von Staat und Religion verloren zu haben scheint, nicht erkennt, wohin diese „Nachsichtigkeit“ führt.

Hierzu einige Beispiele:

So wurde im Jahre 2005 der niederländische Politiker Theo van Gogh als „Ungläubiger“ durch den Islamisten Mohammed Bouyeri gleichsam rituell mit einem Messer buchstäblich abgeschlachtet, weil er damit Gottes Auftrag erfüllt habe. Gleiche Bilder von rituellen Morden, die alle nach dem gleichen Schema ablaufen, sind in unserem Archiv. Sie gleichen alle der von Bouyeri angewandten Schächtungsmethode. In einem Brief, der mit einem Messer am Körper des toten van Gogh angeheftet worden

war, stand zu lesen: „Europa, jetzt bis du dran!“ Das wurde vom niederländischen Ministerpräsidenten Jan Peter Balenende bei einer Veranstaltung in Rotterdam so zitiert. Aus politischer Korrektheit hat die öffentliche Presse, die sonst jede noch so kleine Sensation ausbeutet, verschwiegen.

Nicht so brutal wie beim Mord an Theo van Gogh wiederholte sich der Konflikt des Islamismus mit der europäischen Lebensweise in Brüssel, als sich bei einem Staatsbesuch des Präsidenten des iranischen Parlamentes, das gewiss nicht aus freien demokratischen Wahlen hervorgegangen ist, ereignete. Auch hier ging es - jedoch ohne Mord - um die Frage, ob die Schari'a in Europa gilt. Während des Staatsdiners wurde Wein und Bier angeboten. Einige europäische Politiker tranken, wie gewohnt den Alkohol. Da die Schari'a den Alkoholgenuß verbietet, verlangte der iranische Delegationsleiter, dass der Alkoholgenuß sofort beendet werden müsse, andernfalls werde man das Diner verlassen. Das verweigerte der Gastgeber. Daraufhin brach die iranische Delegation auf, weil die Schari'a für die ganze Welt gelte und darum auch in Belgien beachtet werden müsse.

Nach der Schari'a stehen Frauen unter den Männern. Zu allen diskriminierenden antiweiblichen Vorschriften gelten Frauen als „unreine Wesen“ denen man nicht die Hand gibt. Daraufhin weigerten sich islamische Politiker, europäischen Politikerinnen die Hand zu reichen.⁴ Konsequenz, einige westliche Regierungen entsenden zu Verhandlungen mit islamischen Staaten keine Diplomattinnen.

Ein letzter Fall soll die Besonderheiten des Islam mit den Menschenrechten beschreiben. Bei der Einweihung einer Moschee in Mannheim, hatte der zuständige Imam die Mannheimer Bevölkerung eingeladen. Wie es den Anstandsvorstellungen der Mannheimer entsprach, brachte der beauftragte der ev. Kirche für den Imam als Geschenk eine Bibel mit um deutlich zu machen, dass wir alle den gleichen Gott verehren (Aussage des Pfarrers). Bei der Begegnung schenkte der Imam dem ev. Pfarrer einen Koran. Im Gegenzug versuchte der ev. Pastor dem Imam nun die Bibel als Geschenk zu überreichen. Der Imam weigerte sich, das Geschenk anzunehmen weil die Bibel ein Werk des Bösen sei und ließ die Bibel auf die Erde fallen.

Ähnlich benimmt sich auch der Ministerpräsident der Türkei, wenn er – eigenartiger Weise auch nur in Deutschland – so, als ob er in der Türkei wäre. Bei seiner letzten Reise nach Deutschland 2010 erklärte er, die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Türken seien in erster Linie Türken, die ihre Tradition hier durchzusetzen hätten. Reaktion der Politik: Null.

Als Bundespräsident Wulff in Ankara bei seinem Staatsbesuch vor dem Parlament sprach und dabei darauf hinwies, die Christliche Tradition sei Teil der türkischen Geschichte und gehöre dazu, war das ein wichtiges Signal. Da aber mehr als ein Drittel

⁴ vgl. Bassam, Tibi, die Islamische Herausforderung, Darmstadt 2007, S. 43 f.

der Abgeordneten gar nicht erschienen war, ist die Frage berechtigt, wie es um die Religionsfreiheit in diesem Lande bestellt ist. Noch überwiegen die Vorurteile gegen die Christen im Lande. So berichtet der Leiter kath. Bischofshofskonferenz in der Türkei, Luigi Pavodese, in einem Interview vor zwei Jahren auf die Frage, gegen welche Vorurteile müssen Christen kämpfen: „Ich kann Ihnen ein aktuelles Beispiel nennen: Wir streben derzeit einen Prozess gegen die streng islamische Zeitung Anadolu Vakt an. Diese behauptet, die türkische Caritas unterstütze die PKK. Ich möchte gegen diese Behauptung nun gerichtlich vorgehen,⁵ da solche Gerüchte und Lügen durchaus eine gefährliche Eigendynamik entwickeln können. Da es der Zeitung nur darum geht die Bevölkerung gegen uns Christen aufzubringen, wird außerdem dann deutlich, dass im selben Artikel der Vorwurf erhoben wird, wir würden missionieren und in ausgeteilten Bibeln und Evangelien 100 Dollarschein heimlich verteilen.“

Bischof Luigi Padovese bezahlte inzwischen mit dem Leben. Er wurde von Extremisten ermordet.

Genug mit den Erfahrungsberichten. Was wir beklagen, ist eine gewisse Blauäugigkeit im Umgang mit dem Islam. Ich plädierte nicht für die Ausgrenzung von Millionen Muslimen in Deutschland (ca. 4 Millionen). Ich meine aber, es ist die Auseinandersetzung geboten. Dazu sollten wir darauf bestehen, dass das Grundgesetz, das in den Artikel 1 - 20 die Vorstellungen von Menschenrechten, Normen und Ethik festschreibt, zu beachten ist. Wir fürchten, dass die Gesellschaft nicht stark genug ist, sich der islamischen Herausforderung zu stellen, sondern um des „lieben Friedens willen“ sich unterbuttern lässt.

In der Bundesrepublik besteht eine unvorstellbare Rücksicht vor islamischen Bestrebungen. Es mag sein und das ist sicher richtig, wenn Sie sich wegen ihrer Geschichte im 20. Jahrhundert bestimmte Beschränkungen auferlegen. Wenn aber zum Beispiel die Türkei die Deutschen damit konfrontiert, dann sind das die falschen Ankläger. Gerade die Türkei hat allen Grund, wegen des Genozids in den Jahren 1915/1916 und der Ausgrenzung der Christen im gesamten 20. Jahrhundert sich hier zurückzuhalten.

Traditionelle islamische Herrschaftstheorien und - praktiken sind mit modernen Demokratievorstellungen nicht vereinbar. Traditionelle islamische Herrschaft ist Autokratie, die durch die Fiktion der Theokratie legitimiert wird. Dieser Sachverhalt wird von den meisten muslimischen Autoren bejaht und nicht abgelehnt, stattdessen lehren sie, die Demokratie sei Abweichung von der vom Koran vorgeschriebenen Konzeption. Wer sich zur dieser Form der Demokratie bekennt läuft Gefahr, verfolgt zu werden. Die Übernahme der westlichen Konzeptionen ist für Muslime fremden Ursprungs und hat keinen religiösen Charakter und sind ein Angriff auf das islamische

⁵ Ein Gerichtsverfahren gegen diese Behauptung scheiterte, weil die türkische Caritas keinen Rechtsstatus besitzt.

Gottesverständnis. Darum ist Demokratie eine „politische Krankheit“, denn „sie macht das Volk zum Ursprung der Gewalten und damit zum Gesetzgeber und souverän“. Das ist ein offener Verstoß gegen die göttliche Ordnung und darum vom Teufel.

Es gibt zwar eine verschwindende Minderheit, die angesichts des Konfliktes zwischen Demokratie und hergebrachter islamischer Politikkonzeption vorschlägt, der Islam solle die Demokratie übernehmen und die traditionelle Konzeption beiseite schieben. Die solches verkünden sind zurzeit noch in der Minderheit. Ob sie jemals die Mehrheit überzeugen können, lässt sich jetzt noch nicht absehen. Die Befürworter dieser These begründen ihre Auffassung damit, dass sie zwar den Buchstaben der islamischen Gesellschaftsordnung widersprechen, da sie aber Gemeinwohl fördernd sei, widerspräche sie nicht dem Geist des Korans, weil er zur Förderung des Gemeinwohls aufrufe und darum vertretbar sei.

Es gibt auch Versuche, eine Form der Demokratie zu propagieren, die aber an bestimmte Elemente der islamischen Tradition angebunden ist. Da wird dann gerne an die frühere Konzeption der Kalifenbeobachtung erinnert, die den Gläubigen das Recht einräumte, den Kalifen und Sultan zur Einhaltung der Staatsräson, der Moral und Sitte zu erinnern und zu ermahnen und ggf. die Absetzung des Herrschers zu fordern. Diese Konzeption scheint sich in Tunesien, Ägypten, im Jemen und möglicherweise auch in Syrien durchzusetzen. Das entspräche auch dem Koran Sure 42, 38. Unsere Befürchtung ist aber, dass die alten verkrusteten Strukturen stärker sind, als diese Ideen. So lehnt auch heute noch die Al-Azhar-Universität in Kairo die Diskussion ab und verweigert die Mitarbeit.

Abweichende Strukturen finden wir in der Türkei, in der durch Staatsdoktrin der Säkularstaat und Demokratie ähnliche Strukturen die den Vorrang vor der islamischen Lehre haben, schließlich ist in der Türkei der Islam als Staatsreligion abgeschafft worden. Das türkische Beispiel leidet allerdings darunter, dass es eine Revolution von oben war, die vom Volke aus traditionellen Gründen bis heute nicht voll mitgetragen wird. Auch hat sich nach dem Tode von Atatürk im Jahre 1938 durch seinen Nachfolger Ismet İnönü und verstärkt in den folgenden Jahrzehnten eine Rückwärts-Entwicklung durchgesetzt, die durch Wahlen legitimiert zur fortschreitenden Islamisierung geführt haben.

5. Warum werden Christen verfolgt?

Die Auseinandersetzung um die Stellung der Muslime zu den Menschenrechten steht im Spannungsfeld zur liberalen und aufgeklärten Lebensauffassung des Westens und der Antwort, die islamische Rechtsgelehrte und Gesellschaften zu geben bereit und in der Lage sind.

Vor diesem Hintergrund ist auch die unterschiedliche Menschenrechte verletzende Behandlung der Christen in unserer Heimat verständlich. Ich kann ihnen hier die verschiedenen Rechtsauffassungen der vier islamischen Schulen aus Zeitgründen nicht vorstellen, möchte aber die allgemein gültige muslimische Auffassung von der Stellung der Menschen im System erklären. Sie hat einen von der Hierarchie bestimmten Hintergrund. Koranisch/ schariatische Menschenrechte können nur Rechtgläubige beanspruchen. Ungläubige sind mit bestimmten Abstrichen an Freiheit, Besitz und Lebensweise zu behandeln.⁶

An dieser Stelle sei mir erlaubt, auf die durch die Jahrhunderte sich entwickelte demütigenden und unterwerfenden Methoden der islamischen Gesellschaft hinzuweisen, die uns Christen kujonierten und zu unterwürfigen Untertanen in den islamischen Reichen werden ließen. Diese Haltung hat sich traumatisch auf uns gelegt hat uns zum Teil lebensunfähig gemacht hat. Dass wir trotzdem der dauernden Unterwerfung widerstanden haben, hängt mit der Tatsache zusammen, dass wir als Christen mit Liturgie und Orthodoxie durchgehalten haben. An einigen Beispielen möchte ich das erläutern. Diese Erläuterungen sind auch deshalb notwendig, weil durch unsere Lebenshaltung hier in Europa häufig der Eindruck entstanden ist, wir seien vom christlichen Glauben wenig geprägte Menschen, die die muslimische Lebensweise voll angenommen hätten. In dem Buch „Die Syrisch-Orthodox Kirche in der Zeit“, das im letzten Jahr erschienen ist, führt der Autor zur Lage der Christen in dem islamischen Lebensbereich aus: „Im Laufe der Geschichte waren die altorientalen christlichen Gemeinschaften ab dem 7. Jahrhundert durch die erobernden islamischen Kämpfer und ab dem 14./15. Jahrhundert durch die osmanisch/türkische Herrschaft immer wieder Übergriffen ausgesetzt, die schließlich zum Ende des 19. und 20. Jahrhundert tiefe blutige Spuren hinterließ. Diese haben sich tief in die Herzen dieser Christen eingegraben. Die Erfahrungen sind bis heute der eigentliche Kern aller muslimisch-christlichen Feindseligkeiten. Trotz der besonders sich am 20. Jahrhundert sich ausbildenden völkerrechtlichen Bestimmungen (z.B. der Lausanner Vertrag, Uno-Konvention der Menschenrechte, Europäische Konvention der Menschenrechte und die sich hieraus ergebenden völkerrechtlichen Erklärungen usw.) wurde der Schutz dieser christlichen Minderheiten vernachlässigt, sodass sie weiterhin unter Repressalien, trotz aller gegenteiligen Behauptungen, gelitten haben oder noch leiden.“⁷

Das islamische Menschenrecht widerspricht der Universalität der Menschenrechte. Die Islamischen Schulen widersprechen der Freiheit des Individuums, der freien Religionsentscheidung und der Gleichheit der Geschlechter.

Bereits bei der Rückkehr Khomenis nach Persien in den 70er Jahren wird der Menschenrechtskonflikt von diesem angesprochen, an dessen Aktualität sich bis heute

⁶ Flores, Alexander, Die innerislamische Diskussion zu Säkularismus, Demokratie und Menschenrechte, in: Ende/ Steinbach, Der Islam in der Gegenwart, 5. Auflage, München, 2005, S. 622

⁷ Strümper, Walter, Die Syrisch-Orthodoxe Kirche in der Zeit, Warburg 2010, S. 15 f

nichts geändert hat. Für den fundamentalistischen Islamisten gehören nach Ansicht Khomenis, die „Christen zu den unreinsten Menschen der Welt“ und er verglich in öffentlichen Versammlungen die demokratischen Völker als Schöpfungen des Satans, die vernichtet werden müssen.“ 2007 erklärte der türkische Ministerpräsident Erdogan in einer Ansprache im Stadion von Gelsenkirchen vor Tausenden von Türken, er zitierte dabei den türkischen Dichter Ziya Gökalp: „Die Demokratie ist nur der Zug auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“ Bereits bei der islamischen Konferenz in Lahore (Pakistan) 1980 fasste diese den folgenden Beschluss: „Das ganze Gebiet (der nahe Osten) ist bis zum Jahre 2000 zu islamisieren, und zwar dergestalt im mittleren Osten, dass alle Lebenden die nicht Muslime sind – die koptischen in Ägypten, die Christen im Irak, Iran, in der Türkei, in Libanon, Syrien und insbesondere die Israelis völlig ausgelöscht werden müssen.“⁸

Wenn sich auch die Zeiten weiter entwickelt haben und die Realität stärker war als diese verkrusteten Vorstellungen, so sind die Voraussagen, was die Verfolgung der Christen besonders in den islamischen Ländern anbelangt, aufgegangen. Ich erinnere an die Christenverfolgungen im Irak, an die Mordtaten an Christen in der Türkei und die Exzesse, die nach der Revolution des Frühlings in diesem Jahre an Christen verübt worden sind. Ich will mir weitere Einzelheiten ersparen. Die Ereignisse beweisen aber, dass die Christen wegen ihres Glaubens verfolgt und vertrieben werden.

Was uns bedrückt ist die Tatsache, dass diese Menschen verachtenden Untaten in den öffentlichen Medien kaum eine Nachricht wert sind.

6. Unsere Wünsche und Bitten

Als wir in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in Europa einwanderten, sahen wir viele Kirchen, wir hörten die Glocken läuten und in unserer Hoffnung wiegten wir uns in dem Glauben, in christliche Länder zu kommen. Die Europäer waren bereit, durch Unterstützung mit finanziellen Mitteln und Aufnahme in ihre sozialen Netze der aktuellen Not zu begegnen. Wir wurden auch als Asylbewerber anerkannt. Wie groß war unsere Enttäuschung, als wir feststellten, dass in einer sonst säkularisierten Welt auch Christen leben und dass der Staat sorgsam vermeidet, mit Glaubensvorstellungen in Verbindung gebracht zu werden. Das war für uns, die wir aus einem Land kamen, in dem alles dem muslimischen Diktat unterworfen ist und von der beherrschenden Religion bestimmt wird, eine Erfahrung, die uns in tiefe Ratlosigkeit stürzte. Man bedenke, es kamen Menschen, zum großen Teil des Lesens und Schreibens unkundig, die keine Erfahrung mit der Selbstbestimmung und der Eigenverantwortung hatten, die ihrem Schicksal der Unerfahrenheit überlassen wurden.

⁸ Strümper, Walter, a.a.O. S. 420 u. 424

Die erste Generation flüchtete sich in die heimatliche Erfahrung, mit allen ihren Lebens- und Verhaltensweisen der islamischen Gesellschaft vertraut und die nicht kompatibel war mit dem, was sie hier erfuhr. Die Sprache war ein weiteres Hindernis. Bei aller Freundlichkeit, die uns von verschiedenen Institutionen, den Kirchen, den Sozialverbänden und vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern geschenkt wurde, blieb eine große Einsamkeit und Traurigkeit zurück. Die Heimat verlassen, eine neue Heimat noch nicht gefunden, das war die Situation in der wir uns befanden und zum Teil auch heute noch befinden. Wir kapselten uns ab und zogen uns in Ghettos zurück, es entstand so eine Subkultur. Integration war ein Fremdwort, Assimilierung wird befürchtet. So stellt sich heute aus unserer Sicht die Situation der heimatlos gewordenen Altorientalen dar. Andererseits entstand bei den aufnehmenden Gemeinschaften der Eindruck, den ich mit einem Wort umschreiben möchte „So sind sie und sie wollen es nicht anders.“

Wir erkennen die vielen Bemühungen von gutwilligen und einsichtigen Bürgern an, was uns fehlt, ist die Wahrnehmung unserer tatsächlichen psychologischen Lage.

Mein erster Wunsch ist daher, habt auch im politischen Bereich Verständnis für die besondere Lage. Christen sind, so die Erfahrung aus der Geschichte nicht gleich Christen. Nehmt uns in Anerkennung unserer Eigenheiten als vollgültige Bürger an und ertragt in Toleranz unsere Eigenarten.

Die in Europa angekommenen Christen haben ein Teil ihrer Angehörigen noch in der alten Heimat. Von einigen Herrschern werden diese als Geisel gehalten. Wir werden aufgefordert, zu zahlen, wenn wir unsere Angehörigen nicht gefährden wollen.

Der zweite Wunsch ist daher, helft uns diesen erpresserischen Forderungen zu widerstehen und versagt uns nicht den Schutz. Dabei wäre es notwendig zu überlegen, wie rechtsstaatliche Ordnung so umgesetzt werden kann, dass unberechtigte Forderungen aus unserer Heimat unterbleiben.

Das Beispiel des Klosters Mor Gabriel ist ein typisches der muslimischen Vorstellung von Recht und Gerechtigkeit.

Wir sind dankbar für die politische Unterstützung, die wir bei der Rettung des ältesten Klosters in unserer Heimat von Ihnen erfahren haben. Das Problem vor dem sowohl Sie als die Politik als auch wir stehen, ist hier, dass mit einem Anschein von Rechtsstaatlichkeit in Prozessen versucht wird, unsere vorislamischen Rechte auszuhebeln und uns zu vertreiben.

Unsere Bitte, erkennen Sie die Probleme.

Hierzu gehören:

- a. Der Besitz von Häusern und Feldern und Fragen des Eigentums müssen in unserer Heimat geklärt und katastermäßig festgeschrieben werden.
- b. Fragen der Sicherheit in unserer Heimat müssen von Seiten des türkischen Staates glaubhaft beantwortet werden. Möglichen Rückkehrern müssen verbindliche Sicherheitsgarantien von der türkischen Regierung gegeben werden.
- c. Die Rechte der syrischen Christen müssen gemäß dem Lausanner Vertrag von 1923 zugesagt und umgesetzt werden.
- d. Unsere Heimat, das Tur Abdin muss ökonomisch entwickelt werden. Unsere Heimat gehört zu den unterentwickelten Regionen in der Türkei.
- e. Seit 1980 bemühen wir uns um Anerkennung als Körperschaft öffentlichen Rechts. Im Jahre 2008 waren wir ziemlich nahe dran. Dann scheiterte es an verwaltungsrechtlichen Vorschriften, die wir auf Grund unserer Tradition und unserer Lebensweise noch nicht erfüllen können.

Unsere Bitte, beseitigen sie die verwaltungsrechtlichen Hindernisse, so dass eine schnelle Anerkennung erfolgen kann.

Wir sind zuversichtlich, dass Sie uns hierbei helfen. Dabei geben wir auch zu bedenken, dass ein großer Teil unserer Glaubensschwwestern und -brüder die deutsche Staatsbürgerschaft (90%) besitzen und in anderen europäischen Staaten deren Staatsangehörigkeit angenommen haben, so dass hier auch grundsätzliche Interessen eigener Staatsbürger vertreten werden müssen.

Ich möchte schließen mit einem Beitrag Ihres Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder. In einem Beitrag „Unsere Politik – Religionsfreiheit verteidigen, Christen schützen“ schreibt er:

„Das Recht auf Gedanken, Gewissens- und Religionsfreiheit ist in Artikel 18 der allgemeinen Menschenrechte sowie in Menschenrechtskonventionen verankert. Das Völkerrecht ist die Grundlage, auf die wir uns bei unserem Einsatz für die Verfolgten und Bedrängten berufen, denn es gilt universell und ist verbindlich für alle Staaten. Dennoch ist die Religionsfreiheit in zahlreichen Ländern stark eingeschränkt. Oft sind es kleine auf den ersten Blick harmlos erscheinende Einschränkungen, die sich gegen religiöse Minderheiten richten. Auch Maßnahmen wie die Eintragung der Religionszugehörigkeit in Personaldokumenten eröffnen die Möglichkeit zu vielfältigen Diskriminierungen im Alltag. In einigen Staaten werden Christen immer wieder Opfer von Gewalt. In Ländern, wie Nordkorea und im Irak, kommt es regelrecht zu Christenverfolgungen.

Diese in erschreckendem Ausmaß eingeschränkte Religionsfreiheit und die sich wiederholenden Vorfälle von Gewalt gegen Christen wurden von der Öffentlichkeit in Europa lange nicht wahrgenommen. Als Christdemokraten fühlen wir uns aufgefordert, uns für die verfolgten Christen einzusetzen. Wir tun das über die Stärkung der

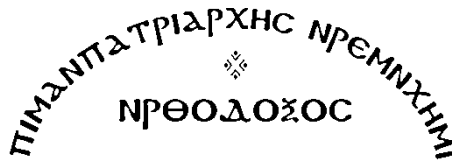
Menschenrechte. Nur in einer Welt, in der die Religionsfreiheit für alle Menschen ohne Unterschied gilt, können auch Christen frei leben. Und so, wie wir uns in unserem eigenen Land Religionsfreiheit ohne Unterschied gewähren, setzen wir uns in unserer Außenpolitik für Religionsfreiheit in anderen Ländern ein.“ Das ist meine Zuversicht, dem möchte ich nichts mehr hinzufügen.

Sollte jemand von Ihnen mehr Informationen benötigen, wird auf die Anlage zu diesem Referat verwiesen, die ich am Anfang meines Beitrages angeführt habe.

Ich danke für Ihre Geduld.

Literatur:

- Armstrong, Karen. Muhammad Religionstifter und Staatsmann, München 1995
- Aydin Hanna. Die Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien, Glane 1990
- Brockelmann, Carl. Geschichte der arabischen Literatur, Bd. I. Weimer 1898 Bd. II. Berlin 1902
- Büyük Günahlar von Hafiz Zehebi, tercübe eden M. Enis Kamer, Istanbul 1987
- Goldziher, Ignaz. Mohammedanische Studien Teil I. Halle 1889
- Hafiz Zehebi, Kitab ul-Kebair „Büyük Hünahlar, (Die großen Sünden) Tercüme eden, : Enis Kamer, Istanbul 1987 „Dinini degistiren kimseyi öldürünüz“ S. 14 Buhari
- Heffening, Willi. Das islamische Fremdenrecht, bis zu den islamisch-fränkischen Staatsverträgen. Eine rechtshistorische Studie zum Fiqh. Nachdr. Der Ausg. Hannover 1925 Osnabrück 1975
- Heffening, Willi. Das islamische Fremdenrecht, bis zu den islamisch-fränkischen Staatsverträgen. Eine rechtshistorische Studie zum Fiqh. Nachdr. Der Ausg. Hannover 1925 Osnabrück 1975
- Kallfelz, Wolfgang. Nichtmuslimische Untertanen im Islam, Grundlage Ideologie und Praxis der Politik frühislamischer gegenüber ihren nichtmuslimischen Untertanen mit besonderem Blick auf die Dynastie der Abbasiden (749-1248). Wiesbaden 1995
- Nagel, T. Studien zum Minderheitenproblem im Islam Bd. 1 (Bonner Orientalische Studien, Neu Serie Bd. 27/1) Bonn 1973
- Noth, A. Abgrenzungsprobleme zwischen Muslimen und Nichtmuslimen. Die Bedingungen Umars unter einem anderen Aspekt gelesen, in: JSAI 9 (1987) 290-315
- Noth, A. Der Islam und die nicht-muslimischen Minderheiten. In: W. Ende u. U. Steinbach (Hrsg.), Der Islam in der Gegenwart, 2. Aufl. München 1989, 527-538
- Noth, A. Möglichkeiten und Grenzen islamischer Toleranz, in: Saeculum 29 (1978) 190-204
- Sachau, Eduard. Mohammedanisches Recht nach schafiitischen Lehre (Lehrbücher des Seminars für orientalische Sprachen Bd. 17) Berlin 1897
- Scholl-Latour, Peter. Das Schwert des Islam, die Revolution im Namen Allahs, München 1991
- Sprenger, A. Das Leben und die Lehre des Mohammed nach bisher größtenteils unbenützten Quellen bearb. 3 Bde. 2. Aufl. Berlin 1869
- Tor, Andrae. Mohammad. Sein Leben und sein Glaube, Göttingen 1932 Nachdr. Hildesheim 1977
- Tornauw, N. v. Das Moslemische Recht aus den Quellen dargestellt. Leipzig 1855



KOPTISCH-ORTHODOXES PATRIARCHAT

Koptisch-orthodoxes Kloster der Heiligen Jungfrau Maria und des Heiligen Mauritius

Koptischer Bischof für Deutschland Anba Damian

37671 Höxter-Brenkhausen, Propsteistraße 1a

Telefon (05271) 1 89 05 oder 3 68 54, Fax (05271) 3 67 42

Anba Damian · Koptisch- Orthodoxer Bischof

Propsteistrasse 1a, 37671 Höxter- Brenkhausen

Brenkhausen den 15. Dezember 2011

Zwischen Freitag, 11.11.2011, und Dienstag, 15.11.2011, durfte ich wieder mein Heimatland Ägypten besuchen. Es waren turbulente Gefühle im Herzen, die mich unaufhörlich erschütterten:

Die Freude, Seine Heiligkeit Papst Schenouda III anlässlich seines 40jährigen Jubiläums, als Papst und Patriarch der koptischen Kirche weltweit, gratulieren zu dürfen, war übergroß. Aus diesem Anlass kamen auch die Patriarchen aus Äthiopien und Syrien sowie die Katholikos der armenischen apostolischen Kirche nach Kairo, um ihm zu gratulieren. Ich durfte S.H. den Augsburger Friedenspreis überreichen, den ich wenige Tage zuvor stellvertretend für ihn in Augsburg in Empfang nehmen durfte.

Gefühle der Sehnsucht nach meinem Mutterkloster in Wadi El Natrun in der westlichen Wüste Ägyptens kamen auf. Die Begegnung mit meinem Beichtvater und mit den Mönchsbrüdern waren wie Salbe auf einer brennenden Wunde und wie Durstlöschung meiner Seele.

Die ununterbrochene Serie von Gewalt den Kopten gegenüber, vom ägyptischen Innenministerium und von der ägyptischen Armee noch gefördert, sowie der fehlende Schutz der Kopten und die lasche Haltung bei der Verurteilung von Kriminellen, macht das Leben der Kopten sehr schwer.

Wir hoffen auf eine gerechte Behandlung der Menschen im Heimatland und die gleiche Behandlung der Menschen unabhängig von ihrer Religion oder Konfession.

Die christlichen Gemeinden in Deutschland mögen Zeichen der Solidarität und Allianz mit koptischen Gemeinden in Ägypten zeigen, um die Zugehörigkeit zur Kirche als intakter Leib Christi beweisen zu können.

Vortrag von Berthold Pelster, KIRCHE IN NOT, München

Religionspolitik in China

In der Volksrepublik China sind fünf Religionsgemeinschaften staatlich anerkannt: Buddhismus, Daoismus, Islam, Katholizismus und Protestantismus. Sie werden vom Staat streng überwacht. Dazu wurden spezielle Organisationsformen und Behörden geschaffen.

Oberstes Leitprinzip für die Religionspolitik ist die nationale, patriotische Ausrichtung der religiösen Gemeinschaften. Dazu zählt auch die Unabhängigkeit von ausländischen Einflüssen.

Da die Zahl der Religionsanhänger in den letzten Jahren stark gewachsen ist, wacht der Regierungsapparat sorgfältig darüber, dass die Religionsgemeinschaften dem Machtmonopol der Kommunistischen Partei nicht gefährlich werden. Begründet wird die staatliche Kontrolle mit dem Argument, nichts dürfe die nationale Einheit spalten oder die gesellschaftliche Harmonie stören.

Ein großer Teil der Gläubigen in der Volksrepublik China verweigert sich allerdings der staatlichen Überwachung, Registrierung und Steuerung. Diese Gläubigen kommen in eigenen Versammlungen zusammen. Manchmal müssen sie sich heimlich treffen, daher kommt der Name „Untergrundkirche“, der für die nicht-registrierte katholische Kirche verwendet wird. Protestantische Gruppen von Gläubigen treffen sich häufig in Privathäusern, hier spricht man von den sogenannten „Hauskirchen“. Auch bei den anderen Religionsgemeinschaften gibt es Gruppen, die sich der staatlichen Kontrolle und Einflussnahme verweigern. Die Aktivitäten dieser nicht-registrierten Gruppen sind aus Sicht des Staates illegal.

In manchen Regionen und Provinzen lassen die Behörden diese nicht-registrierten Gruppen gewähren. In anderen Regionen und Provinzen gehen die Behörden gegen dieses illegale Verhalten vor:

Zum Teil werden ihre Versammlungsorte und Gebetsstätten zerstört, gelegentlich kommt es zu Verhaftungen und die Organisatoren werden zu Geldstrafen oder zu Gefängnis verurteilt.

Auf katholischer Seite zum Beispiel befinden sich zurzeit mindestens zwölf katholische Bischöfe und ebenso viele Priester in Haft oder stehen unter Hausarrest und werden so daran gehindert, ihren pastoralen Dienst zu vollziehen.

Gerade die katholische Kirche wird vom chinesischen Staat sehr misstrauisch betrachtet. Das Zentrum der katholischen Kirche befindet sich in Rom, wo der Papst die zentrale Leitung über die weltweite Kirche ausübt. Zu den besonderen Aufgaben des Papstes gehört die Ernennung von Bischöfen für die verschiedenen Diözesen weltweit, so auch für die Volksrepublik China. Dies lehnt die Regierung in Peking aber offiziell als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ ab.

Die chinesische Religionspolitik sieht für China ein anderes Kirchenmodell vor. Ein wichtiger Grundsatz der chinesischen Kirchenpolitik ist das sogenannte Patriotische Drei-Selbst-Prinzip. Dieser Grundsatz wurde für die protestantischen Kirchen im Jahr 1954 eingeführt, und für die katholische Kirche im Jahr 1957. Das wichtigste Ziel dabei ist die völlige Unabhängigkeit von jeglichem ausländischen Einfluss:

- eine Kirche ohne ausländische Priester und Missionare (Selbstmissionierung)
- eine Kirche, die sich selbst finanziert, ohne Finanzhilfe aus dem Ausland (Selbstfinanzierung)
- eine Kirche, die sich selbst verwaltet, ohne jegliche Einmischung aus dem Ausland in die sogenannten „inneren Angelegenheiten“ (Selbstverwaltung)

Nach diesem Grundprinzip wurde für die katholischen Christen 1957 eine eigene chinesische Nationalkirche gegründet: die sog. „Chinesische Katholische Patriotische Vereinigung“. Sie ist die oberste Verwaltungsbehörde für die katholische Kirche in China und arbeitet eng zusammen mit dem staatlichen „Büro für religiöse Angelegenheiten“. Die „Chinesische Katholische Patriotische Vereinigung“ soll die „Anpassung der Kirche an den Sozialismus“ und ihre „patriotische Gesinnung“ sicherstellen. Dazu greift diese Behörde auf vielfache Weise in das Leben der Bistümer und Pfarrgemeinden ein. Unter anderem ist sie auch zuständig für die Auswahl und Weihe von Bischöfen, und zwar eigenverantwortlich und unabhängig von der Kirchenleitung in Rom.

1958, ein Jahr nach der Gründung der „Patriotischen Vereinigung“, fand die erste Weihe von zwei chinesischen Bischöfen statt, und zwar ohne Zustimmung des Vatikans. Zwischen 1958 und 1962 wurden auf diese Weise 52 Bischöfe ausgewählt und geweiht, mit der Zustimmung der chinesischen Regierung, aber ohne Zustimmung und Genehmigung durch Rom.

Katholische Christen, die sich mit der Trennung vom Papst in Rom nicht abfinden wollten, weigerten sich, der staatlich registrierten und staatlich gesteuerten Kirche beizutreten. Stattdessen praktizierten sie ihren Glauben heimlich und verborgen in einer Art Untergrundkirche, aus staatlicher Sicht also illegal.

Bis heute ist die chinesische Katholische Kirche gespalten in die regimetreue, aber von Rom unabhängige „Patriotische Vereinigung“ und in die romtreue Untergrundkirche.

Auch die protestantische Kirche in China ist gespalten in eine staatlich gesteuerte und kontrollierte Kirche und solche Gruppen, die sich der staatlichen Kontrolle und Beeinflussung zu entziehen suchen. Sie kommen in sogenannten Hauskirchen auf privater Basis zusammen.

Aktuelle Entwicklung: Verschlechterung

Soviel an grundsätzlichen Informationen zur Lage der Christen in China.

Ich habe jetzt viel über die problematische Seite gesprochen. Es gab aber auch Zeiten einer relativen Entspannung. Für die katholische Kirche hatte sich die Situation vor allem im Zeitraum von 2006 bis 2010 langsam, aber stetig verbessert. Etwa ein Dutzend Bischöfe waren ernannt und geweiht worden in beiderseitigem Einverständnis. Also auch das kommt vor: dass sich der Vatikan und die chinesische Regierung „hinter den Kulissen“ auf Bischofskandidaten verständigen, die von beiden Seiten als geeignet angesehen werden.

Leider scheint diese Zeit aber schon wieder vorbei zu sein. Im November 2010 kam es erstmals seit 2006 wieder zu einer Bischofsweihe ohne Zustimmung des Vatikans. Zwei weitere von Rom nicht genehmigte Bischofsweihen erfolgten im Sommer 2011 (Juni bzw. Juli).

Die Gläubigen werden durch diese Ereignisse stark verunsichert: denn Bischöfe, die ohne Erlaubnis des Papstes geweiht wurden, haben sich dadurch gemäß Kirchenrecht selbst exkommuniziert und dürfen keine Sakramente mehr spenden; auch die von solchen Bischöfen geweihten Priester dürfen das nicht. All das bringt Unruhe, Verunsicherung und Spaltungen in die Kirche hinein und bringt massive Probleme für das kirchliche Leben mit sich. Und letztlich ist der chinesische Staat der Auslöser dafür, indem er die Religionsfreiheit in ernster Weise einschränkt.

Insgesamt fährt die chinesische Regierung seit ein, zwei Jahren einen sehr restriktiven und konfrontativen Kurs. Manche Beobachter führen das darauf zurück, dass im Jahr 2012 der nächste Parteitag der Kommunistischen Partei ansteht. Dann wird auch das Zentralkomitee neu gewählt. Und es könnte sein, dass sich interessierte Bewerber für wichtige Ämter durch größere Linientreue profilieren möchten, zum Beispiel durch einen restriktiveren Kurs gegenüber den Religionsgemeinschaften.

Fazit

Für die nähere Zukunft ist somit in China wohl keine Verbesserung in Sachen Religionsfreiheit zu erwarten.

Nordkorea: ein sozialistischer Staat mit ganz eigener Ideologie

Laut staatlicher Verfassung ist Nordkorea ein sozialistischer Staat. Das gegenwärtige Regime wird getragen durch die „Partei der Arbeit Koreas“ (PdAK). Sie ist aus der „Kommunistischen Partei Koreas“ hervorgegangen.

Ideologische Grundlage des jetzigen Regimes ist die Juche-Ideologie (sprich: Dschutsche). Sie wurde vom Staatsgründer und langjährigen Staatspräsidenten Kim Il-Sung ausgearbeitet und stellt eine Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus dar. Seit 1977 ist die Juche-Ideologie auch offiziell in der Verfassung des Landes als weltanschauliche Grundlage des Staates festgelegt.

Der Begriff „Juche“ bedeutet: Selbständigkeit, Autarkie. Die nationalen Interessen Nordkoreas stehen über denen der internationalen kommunistischen Bewegung.

Ein wichtiger Bestandteil dieser Ideologie ist auch der Personenkult, der um den Staatsgründer Kim Il-Sung betrieben wird: den „Vater der Nation“ und „Großen Führer“. Kim Il-Sung kam 1948 an die Macht und starb 1994. Sein Nachfolger ist sein Sohn Kim Jong-il. Er trägt den offiziellen Titel „Lieber Führer“. Diese beiden, Vater und Sohn, werden in Nordkorea gleichsam wie Götter verehrt, in Formen und in Ausdrucksweisen, die einer Religion gleichkommen.

Dieser Personenkult, der ausstrahlt bis in die Literatur, bis in die volkstümliche Musik, Theater und Film hinein, ist in Nordkorea sozusagen Religionsersatz. Der an die Herrscherdynastie gebundene Personenkult ist sozusagen die einzig erlaubte Form von Religion in Nordkorea. Alle anderen (richtigen) Religionen werden in Nordkorea weitgehend unterdrückt.

In den Provinzen auf dem Land gibt es weder Kirchen noch andere kirchliche Einrichtungen. Die breite Masse der Bevölkerung darf keinerlei Religion praktizieren - außer dem Personenkult um die Herrscher des Landes. Religionsfreiheit existiert nicht.

Der Besitz von Bibeln oder ähnlichen religiösen Schriften ist verboten und wird drakonisch bestraft: mit Gefängnis oder gar mit dem Tod!

Nur in der Hauptstadt Pjöngjang gibt es vier christliche Kirchen: zwei evangelische, eine katholische und eine orthodoxe Kirche. Vieles deutet daraufhin, dass diese Kirchen einzig zu Zwecken der politischen Propaganda existieren: Wenn ausländische Besucher nach Nordkorea kommen, werden ihnen diese Kirchen vorgeführt als Beweis für die Religionsfreiheit im Land.

Ausländische Besucher, die an Gottesdiensten in diesen Kirchen teilgenommen haben, berichteten, dass die Gottesdienste zum Teil etwas theatralisch wirkten. Vor allem wurden neben religiösen Inhalten auch politische Botschaften vermittelt zur Unterstützung des Regimes.

Seit das heutige Regime an die Macht kam, wurden Christen gnadenlos unterdrückt. Kirchen und Klöster wurden zerstört, Priester und Mönche wurden verhaftet und oft hingerichtet. Es waren vor allem zwei Gründe, warum Christen unterdrückt wurden:

- man unterstellte ihnen mangelnde Treue zum Regime
- und hatte Angst vor ihren möglichen Kontakten in den Westen.

Wie viele Christen es heute noch in Nordkorea gibt, ist völlig unbekannt. Laut staatlichen Angaben gibt es in Nordkorea, einem Land mit etwa 22 Millionen Einwohnern, rund 4.000 Katholiken und gut 10.000 Protestanten. Wie viele es tatsächlich sind, weiß niemand.

Die Christen, die es dort noch gibt, müssen ihren Glauben im Geheimen praktizieren. Priester und Ordensleute gibt es unter ihnen vermutlich nicht mehr.

Wie ich schon sagte: In der Hauptstadt Pjöngjang gibt es vier Kirchengebäude. Für die zugehörigen Gemeinden gibt es staatlich errichtete Religionsgemeinschaften. Für die katholische Kirche zum Beispiel die Koreanische Katholische Vereinigung (KCA). Diese katholische Vereinigung sorgt dafür, dass in der katholischen Kirche in Pjöngjang Gebetsveranstaltungen abgehalten werden können. Wie viele Gläubige an solchen Treffen teilnehmen, ist nicht bekannt. Einheimische katholische Priester gibt es nicht. Deswegen können Gottesdienste (Eucharistiefeiern) nur gefeiert werden, wenn katholische Priester aus dem Ausland zu Besuch sind. In den beiden evangelischen Kirchen in Pjöngjang könnte es ähnlich sein. Ganz genau ist das nicht bekannt.

Flüchtlinge aus Nordkorea berichten immer wieder über die Existenz von Straf- und Umerziehungslagern. Zwischen 150.000 und 200.000 Menschen sollen in solchen Lagern festgehalten werden. Unter ihnen dürften auch einige Tausend Christen sein (einige Schätzungen vermuten: bis zu 70.000). In diesen Lagern soll es Zwangsarbeit geben, Folter und medizinische Experimente, Vergewaltigungen und erzwungene Abtreibungen. Auch von Hinrichtungen wird berichtet. Menschen, die aus religiösen Gründen verhaftet wurden, werden in diesen Lagern auf besonders strenge Weise behandelt.

Fazit:

All das zeigt uns: in Nordkorea ist Religionsfreiheit in keiner Weise vorhanden.

Religionspolitik in Kuba

Auch in Kuba herrscht ein kommunistisches Regime, und zwar seit 1959. Die Machthaber haben die katholische Kirche von Anfang an mit großem Misstrauen betrachtet: sie unterstellten der Kirche, sie sei mit dem Imperialismus verbündet. Deswegen wurde die Kirche von Anfang an unterdrückt: Bischöfe und Priester wurden verhaftet oder aus dem Land gewiesen, und zwar nicht nur ausländische Bischöfe und Priester, sondern auch kubanische. Das Leben der Pfarrgemeinden war dadurch stark eingeschränkt.

Christen, die ihren Glauben weiterhin praktizierten, wurden auf vielfache Weise benachteiligt. Viele Gläubige haben damals Kuba verlassen, sind geflohen oder offiziell ausgewandert. Manche Pfarrgemeinden haben auf diese Weise einen großen Teil ihrer Gläubigen verloren.

Viele kirchliche Grundstücke und Gebäude wurden damals konfisziert und sind bis heute nicht an die Kirche zurückgegeben worden. Dieses Unrecht besteht also fort.

Erst in den 80er Jahren öffnete sich die Kommunistische Partei etwas gegenüber der Kirche. Es kam zu Gesprächen zwischen der Regierung und der Kirche. Dabei ging es um eine Ausweitung der sozial-karitativen Arbeit der Kirche.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa und dem Zerfall der Sowjetunion steuerten die Machthaber in Kuba einen gemäßigeren Kurs gegenüber der Kirche.

1990 räumte Fidel Castro im nationalen Fernsehen erstmals ein, dass das Regime die Gläubigen ungerecht behandelt habe. Seit 1991 dürfen nun sogar Gläubige Mitglied in der kommunistischen

Partei werden. Es wurde angekündigt, die staatliche Überwachung der Kirche, des Klerus und der Gläubigen zu lockern.

1992 wurde die Religionsfreiheit gesetzlich verankert. Doch dieses Gesetz wurde kaum in die Praxis umgesetzt. Der Staat nimmt nach wie vor starken Einfluss auf das kirchliche Geschehen: religiöse Gruppen müssen sich staatlich registrieren lassen. Religiöse Gemeinschaften, die sich der staatlichen Registrierung verweigern, müssen mit Schikanen rechnen. Vereinzelt kommt es auch zu Verhaftungen.

Die Aktivitäten der religiösen Gemeinschaften werden vom Staat streng überwacht, zum Beispiel auch der Import von religiöser Literatur.

Es gibt nach wie vor keinen Religionsunterricht an staatlichen Schulen. Die Kirchen dürfen keine eigenen Schulen betreiben.

Im Jahr 2007 erteilte der Staat die Genehmigung, in Kuba ein Benediktinerkloster zu errichten. Doch bislang lebt die Gemeinschaft noch in provisorischen Räumen in der Nähe der Hauptstadt Havanna.

Im November 2008 wurde ein katholischer Ordensbruder seliggesprochen. An den Feierlichkeiten nahm auch der Präsident des Landes teil, Raúl Castro.

Im März 2009 erteilte die Regierung überraschend die Genehmigung für die Renovierung von vier katholischen Kirchen in der Hauptstadt Havanna. Die katholische Kirche kann auch ihre Bauarbeiten an einem neuen Priesterseminar in der Nähe von Havanna fortsetzen. Es ist das erste Mal seit 50 Jahren, dass dies möglich ist.

Insgesamt ist die Zahl der aktiven Gläubigen in Kuba deutlich angestiegen. Das Interesse für religiöse Themen hat besonders auch unter den jungen Menschen zugenommen.

Vor allem ist es seit kurzem wieder möglich, an Sonntagen kirchlichen religiösen Unterricht zu erteilen, während zuvor staatliche Schulen häufig Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche gezielt auf den Sonntag gelegt haben, damit die Kinder keine Zeit und Gelegenheit hatten, am religiösen Unterricht der Kirchen teilzunehmen.

Die Kirchen erhalten inzwischen wieder Sendezeit in den staatlichen Radiosendern, wenngleich noch in sehr geringem Umfang.

Im Jahr 2010 konnte die katholische Kirche in direkten Gesprächen mit der Staatsführung unter Raúl Castro erreichen, dass 52 politische Häftlinge aus dem Gefängnis freigelassen wurden.

Zurzeit verdichten sich die Anzeichen, dass Papst Benedikt XVI. im Frühjahr 2012 nach Kuba reisen könnte. Denn das katholische Nationalheiligtum von Kuba in El Cobre feiert im Jahr 2012 den 400. Jahrestag der Auffindung der in El Cobre verehrten Statue der Gottesmutter Maria („Barmherzige Jungfrau von Cobre“).

Insgesamt erreichen uns also Nachrichten aus Kuba, die uns etwas Hoffnung geben: Unter der neuen Regierung von Raúl Castro werden Christen anscheinend nicht mehr automatisch als Staatsfeinde betrachtet. Von Religionsfreiheit, wie wir sie aus unseren freiheitlichen Ländern im Westen kennen, kann in Kuba freilich noch lange keine Rede sein.

Ingo Friedrich Ehrenvorsitzender

Nürnberg – 17 Jahre lang hatte Ingo Friedrich seit 1993 den Evangelischen Arbeitskreis der CSU (EAK) als Landesvorsitzender geführt. Sein Nachfolger Christian Schmidt würdigte auf der EAK-Landesversammlung, über die der Bayernkurier in seiner letzten Ausgabe berichtete, die besonderen Verdienste Friedrichs um den Arbeitskreis. Der Mittelfranke sei im Europäischen Parlament ein engagierter Verfechter des Gottesbezugs in den europäischen Verträgen gewesen. Die Landesversammlung ernannte Ingo Friedrich einstimmig zum Ehrenvorsitzenden des EAK. i.s.



Kein Phänomen aus Kaiser Neros Zeiten

Volker Kauder kritisiert die Verfolgung von Christen in arabischen Ländern – Landesversammlung des EAK

Nürnberg – „Die Lage der Christen in vielen Teilen der Welt ist dramatisch!“ Mit dieser Feststellung brachte der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Volker Kauder, das Tagungsthema der Landesversammlung auf den Punkt. Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CSU befasste sich mit der schwierigen Problematik der „Diskriminierung und Verfolgung von Christen im 21. Jahrhundert“.

In seiner Eröffnung betonte der EAK-Landesvorsitzende und stellvertretende Parteivorsitzende Christian Schmidt, dass Fragen von Glaubensüberzeugung und Weltanschauung den Kernbereich des Persönlichkeitsrechtes eines jeden Menschen betreffen, den es zu schützen gilt.

Schmidt gedachte auch der



Volker Kauders leidenschaftliche Plädoyer vor der EAK-Landesversammlung.

Opfer der rechtsterroristischen Verbrecherbande, die auch in Nürnberg und München Mitbürger türkischer und griechischer Abstammung ermordet hatte. Dabei betonte Schmidt, dass sich jeder – gleich welcher Herkunft – in Deutschland sicher fühlen und auf den effekti-

ven Schutz durch staatliche Organe vertrauen können muss.

Volker Kauder forderte, dass die deutsche Gesellschaft noch stärker als bisher die Lage der verfolgten Christen zu einem Thema in der Öffentlichkeit machen müsse. Am Beispiel der systematischen Verfolgung von

Christen im Irak plädierte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende dafür, so schnell wie möglich 2000 bis 3000 akut bedrohte christliche Irak-Flüchtlinge aus Syrien in Deutschland aufzunehmen.

In einer spannenden Podiumsdiskussion berichteten der Erzbischof der syrisch-orthodoxen Kirche, Julius Hanna Aydin, der Generalbischof der Kopten in Deutschland, Anba Damian, sowie Berthold Pelter von der Hilfsorganisation „Kirche in Not“ über Christenverfolgungen im Nahen Osten, Ägypten, China und in Nord-Korea. Bischof Damian bat eindringlich, dass die christlichen Gemeinden in Deutschland

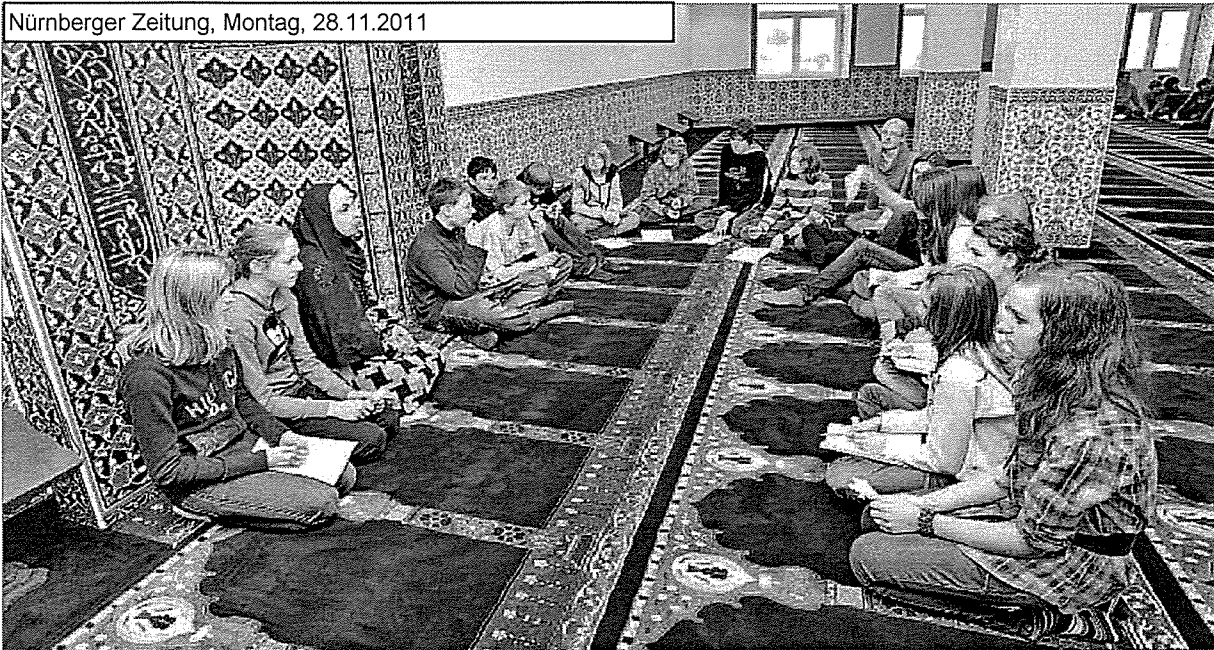
weiterhin Zeichen der Solidarität mit den weltweit verfolgten Christen, insbesondere mit den koptischen Gemeinden in Ägypten, setzen müssen, um weiteres Blutvergießen zu verhindern.

Die Delegierten der EAK-Landesversammlung verabschiedeten im Anschluss einen Appell, in dem die wachsende Unterdrückung, Verfolgung und Tötung von Christen aufgrund ihres religiösen Bekenntnisses weltweit und insbesondere in einigen arabischen Staaten verurteilt wird. Gerade in den Staaten des arabischen Frühlings dürfe die Menschenrechtssituation nicht in eine arabische Eiszeit umschlagen. „Gewonnene Freiheiten dürfen nicht für die Unterdrückung von andersgläubigen Minderheiten missbraucht werden.“

Laut Kauder gibt es nicht zu viele Muslime. sondern zu wenige Christen:

Moscheen sind nicht das Problem

Nürnberger Zeitung, Montag, 28.11.2011



Ängste abbauen und Verständnis schaffen: Achtklässler des Nürnberger Melanchthon Gymnasiums besuchen die Moschee in der Hessestraße. Foto: dpa

VON STEPHANIE RUPP

NÜRNBERG – Wer seine Anliegen immer wieder beharrlich und konsequent vertritt, macht sich nicht überall beliebt. Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion weiß, dass er böse E-Mails bekommt, wenn er öffentlich betont: „Wir müssen denjenigen widersprechen, die verhindern wollen, dass Muslime in Deutschland Moscheen bauen. Wir haben hier nicht zu viele Muslime, sondern zu wenige überzeugte Christen, die in die Kirche gehen und ihren Glauben bekennen.“

Bei der Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU am Samstag in Nürnberg hat Kauder ebendies betont. Denn der 62-jährige Jurist hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Recht auf freie Religionsausübung einzufordern und gegen die Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit zu kämpfen, wo immer er sich aufhält. Auch seine Aussage: „In deutschen Moscheen muss größtenteils Deutsch gesprochen werden. Allerdings können wir Arabisch nicht ganz verbieten, sonst müssten wir wohl auch die lateinische Messe verbieten“, dürfte nicht überall auf Wohlwollen stoßen.

Doch wenn Kauder sich gegen „Diskriminierung und Verfolgung von Christen im 21. Jahrhundert“ – unter diesem Motto stand auch die EAK-Landesversammlung – stark macht, dann beleuchtet er alle Seiten der Religionsfreiheit. Nicht minder konsequent sind deshalb seine Forderungen an die

Staatschefs der betroffenen Länder, in denen Diskriminierung von Christen an der Tagesordnung ist – und das, obwohl in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen das Recht auf freie Religionsausübung fest verankert ist. „Christenverfolgung ist kein Phänomen aus Kaiser Neros Zeiten“, so Kauder. Vielmehr seien heute Schätzungen zufolge mehr als drei Viertel aller weltweit religiös Verfolgten Christen.

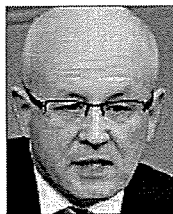
Eines der Länder, die christliche Minderheiten unter Druck setzen, ist die Türkei. So richtete Kauder kürzlich deutliche Worte an den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, sich endlich gegen Diskriminierung der Christen in der Türkei einzusetzen. „Auf dem Gebiet der heutigen Türkei lebten vor 100 Jahren 20 Prozent Christen, heute sind es 0,2 Prozent. Statt diese kleine Minderheit besonders zu schützen, übt der türkische Staat großen Druck auf deren kirchliche Institutionen aus.“ So machen türkische Behörden und Gerichte dem fast 2000 Jahre alten syrisch-orthodoxen Kloster Mor Gabriel große Teile des Grundbesitzes streitig, wie Julius Hanna Aydin, Erzbischof der syrisch-orthodoxen Kirche in Deutschland, schilderte.

Kauder findet deshalb: „Wir dürfen es bei den Beitrittsgesprächen mit der

Türkei nicht soweit kommen lassen, dass alle Kapitel für den EU-Beitritt verhandelt sind und am Ende nur noch das ‚kleine Problem‘ der Christen übrig bleibt. Zuerst muss die Türkei bei der Religionsfreiheit spürbare Fortschritte nachweisen, erst dann darf weiterverhandelt werden.“

Viel schlimmer als in der Türkei, das gab Kauder zu, ist jedoch die Lage der Christen im bürgerkriegsgeplagten Irak. Hier könne die deutsche Politik konkret helfen. Denn während vor allem in Bagdad die Lage der Christen fast aussichtslos erscheine, finden die Glaubensbrüder in den kurdischen Gebieten im Norden Schutz. Wenn man hier mit Projekten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit christliche Projekte wie Schulen und Krankenhäuser fördere, biete dies den Christen Schutz vor Verfolgung. Denn viele Muslime besuchen christliche Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen. Die derzeit 13 000 irakischen Flüchtlinge in Syrien seien in einer besonders ausweglosen Situation, da sie in Syrien weder eine Perspektive hätten noch zurück in die Heimat könnten. Deshalb sollte Deutschland weitere 2000 bis 3000 aufnehmen.

Der EAK-Vorsitzende und Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt erinnerte an die drei türkischstämmigen Mordopfer aus Nürnberg. Man sei „zutiefst beschämt“, dass nach den ungeheuerlichen Verbrechen der Nazis „rechtsextremistische Ideologie eine blutige Spur unvorstellbarer Mordtaten hervorbringt“.



Volker Kauder

Kauder: Die Lage der Christen in vielen Ländern ist dramatisch

Nürnberg Nachrichten, Montag, 28. Januar 2011

Unions-Fraktionschef sprach beim Evangelischen Arbeitskreis der CSU über die in zahlreichen Staaten massiv bedrohte Religionsfreiheit

NÜRNBERG. — Volker Kauder, Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat sich dafür ausgesprochen, bis zu 3000 weitere verfolgte Christen aus Syrien und dem Irak in Deutschland aufzunehmen.

Kauder sprach auf einer Tagung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU in Nürnberg, der das Thema „Diskriminierung und Verfolgung von Christen im 21. Jahrhundert“ unter die Lupe nahm. „Mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung leben in Staaten, in denen der Glaube nicht frei gelebt werden kann“, so Kauder. „Die Lage der Christen in vielen Teilen der Welt ist dramatisch.“ Schätzungsweise drei Viertel aller religiös

Verfolgten seien Christen – mit steigender Tendenz in den vergangenen Jahren. Vor allem streng muslimisch regierte Staaten, aber auch abgeschottete Regimes wie Nordkorea, gehen mit äußerster Härte gegen Christen vor.

Kauder forderte, möglichst rasch 2000 bis 3000 Irak-Flüchtlinge aus Syrien in Deutschland aufzunehmen. Viele der in Syrien registrierten Flüchtlinge seien Christen, die Folter, Verewältigung und Entführung erlebt hätten. Die meisten stammten aus dem Irak, der massiv gegen Christen vorgehe. „Unsere Heimat ist die Hölle“, habe ihm der Bischof von Bagdad berichtet, so Kauder. Nun bestehe die Gefahr, dass auch in Syrien radi-

kale Islamisten Christen vertreiben. Mit Sorge blickt er auch auf die angespannte Lage in Ägypten, wo vor allem die radikalen Salafiten Druck auf die christlichen Kopten machen.

Jede rechtsextreme Tendenz sei mit dem Christentum unvereinbar, so Kauder. Schließlich hätten die Nationalsozialisten die Christen bekämpft – da könne es keinerlei Gemeinsamkeit geben.

Gedenken an Nazi-Opfer

Auch Verteidigungs-Statssekretär Christian Schmidt (FDP) ging als EAK-Vorsitzender auf die aktuelle Debatte um rechtsextreme Gewalt ein. Im Namen des EAK gedachte er der drei in Nürnberg getöteten Opfer

der Neonazi-Mordserie, Enver Simsek, Abdurrahim Özüdoğru und Ismail Yasar. Den Familien der Opfer sicherte er zu: „Wir stehen in Ihrer Trauer an Ihrer Seite.“

Kauder plädierte auch für Offenheit gegenüber den Muslimen in Deutschland: „Wer sich für Religionsfreiheit in aller Welt und für die verfolgten Christen einsetzt, muss auch denen in unserem Land widersprechen, die verhindern wollen, dass Muslime Moscheen bauen. Wir haben nicht zu viele gläubige Muslime in unserem Land, sondern zu wenige überzeugte Christen, die in die Kirche gehen und ihren Glauben bekennen. Das sollte uns Sorgen bereiten.“

ALEXANDER JUNGKUNZ

CSU-Evangelische und Volker Kauder fordern mehr Einsatz für Religionsfreiheit
Staatssekretär Schmidt verspricht Angehörigen von Opfern rechtsextremistischer Morde Unterstützung

Nürnberg (epd). Mit Religionsfreiheit und Christenverfolgung im 21. Jahrhundert sowie der Neonazi-Mordserie hat sich der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CSU bei seiner Landesdelegiertenversammlung am Wochenende in Nürnberg befasst. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, forderte erneut, möglichst rasch 2.000 bis 3.000 Irak-Flüchtlinge aus Syrien in Deutschland aufzunehmen. Viele der in Syrien registrierten Flüchtlinge seien Christen, die Folter, Vergewaltigung und Entführung erlebt hätten.

Der Vorsitzende des EAK, der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Christian Schmidt (Fürth), erinnerte an die Namen der drei türkischstämmigen Mordopfer aus Nürnberg und versprach den Angehörigen der Opfer im Namen der CSU: "Wir stehen in Ihre Trauer an Ihrer Seite." Man sei "zutiefst beschämt", so Schmidt, dass nach den ungeheuerlichen Verbrechen der Nazis "rechtsextremistische Ideologie eine brutale und verhöhnende blutige Spur unvorstellbarer Mordtaten hervorbringt". Die Delegierten verabschiedeten einen "dringenden Appell zum Schutz von Glaubensgemeinschaften vor Diskriminierung" auch im Hinblick auf die rechtsextremistischen Morde, die allen Verantwortlichen noch mehr Engagement abverlange, sich für die Unversehrtheit der Bürger einzusetzen, wie es in dem Papier heißt.

Der EAK weist auf eine zunehmende Verfolgung von Christen "insbesondere in Staaten der arabischen und muslimischen Welt" hin. Die neu gewonnene Freiheit nach der Entmachtung der totalitären Regime dürfe nicht "für eine Unterdrückung von andersgläubigen Minderheiten missbraucht werden." Außerdem fordert man von der Bundesregierung "eine wertegeleitete Außenpolitik muss frühzeitig auf Gefährdungen von Religionsfreiheit hinweisen".

Die Christen seien weltweit die größte verfolgte Gruppe, sagte der Unionsfraktionsvorsitzende im Bundestag, Kauder. Politik, Medien und Kirchen hätten das Thema Christenverfolgung lange Zeit vernachlässigt. Er beklagte unter anderem die Situation der Christen in der Türkei. Dort sei der Umgang mit religiösen Minderheiten "nicht akzeptabel." Mit restriktiver Gesetzgebung lege der türkische Staat "die Axt an die Wurzel der christlichen Gemeinschaften". Es könne nicht sein, dass das Thema Religionsfreiheit in den Gesprächen der europäischen Partner mit der Türkei "unter ferner liefen" behandelt werde. "Wir sind es den Menschen in der Türkei schuldig, uns für sie einzusetzen", unterstrich der CDU-Politiker.

Anlass zu Sorge und Hoffnung zugleich sieht Kauder in Ägypten. Hier gebe es einerseits Gewalt gegen Christen, aber auch den Prozess, die bestehende Verfassung zu reformieren. "Es ist wichtig, dass wir der neuen Übergangsregierung klipp und klar sagen, dass die Zusammenarbeit mit uns auch verlangt, dass die Religionsfreiheit gegeben ist", betonte er.

Über die bedrohte Lage der syrisch-orthodoxen Christen in der Türkei und der christlichen Kopten in Ägypten berichteten beim EAK der CSU in Nürnberg der Erzbischof der syrisch-orthodoxen Kirche in Deutschland, Hanna Aydin, und der koptisch-orthodoxe Bischof für Deutschland, Anba Damian. Sie riefen die christlichen Gemeinden in Deutschland zu einem "Zeichen der Solidarität" auf. (2623/27.11.2011)